

Arbeiter-Zeitung

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,80 Mk., monatlich 2,80 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Kunstgeprägtes: Die schneefallene Millimeterzelle oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Kalligraphiepreis: Die schneefallene Millimeterzelle oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme: in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberg Str. 50, Tel. 260 99.
Postfach: Breslau 544, Redaktion: Breslau, Kreuzberg Str. 50, Tel. 239 02. Druckerei der Redaktion von 12-18 Uhr, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen: Gletwy, Oberstr. 20, Tel. 4088; Oppeln, Waldstr. 11, Tel. 1244; Grottko: Rumb. 6, Telephon 2364. Geschäftszeit: von 9-12 Uhr. Vertriebsstab am Hauptverlagort Breslau. — Verlags-Ges. Verlagsanstalt von m.s.s., Breslau. — Druck: „Neubau“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuzberg Str. 50.

Vor einem Eisenbahnerstreik in Schlesien? Ein reformistischer Beschluß der Bezirkskonferenz des Einheitsverbandes Eisenbahner organisiert selbst den Kampf

Neue Kirchensteuern in Preußen Ein Kapitel sozialdemokratischer Kirchenpolitik

Von Karl Weder

Breslau, 2. April.
Am Karfreitag fand in Breslau eine Bezirkskonferenz des Einheitsverbandes statt, die zu den Lohnverhandlungen Stellung nahm. Alle Diskussionsredner beriefen sich auf die außerordentlich hohe Lohnforderung der Mitgliedschaft und forderten scharfe Maßnahmen zur Durchsetzung einer Lohnherabsetzung. Auf Vorschlag der reformistischen Bezirksleitung wurde folgende Entschließung angenommen:
„Die am Freitag, dem 29. März 1929, im Gewerkschaftsgebäude in Breslau tagende Konferenz der Ortsgruppenleiter des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Bezirk Breslau, nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem zu den Lohnforderungen der Reichsbahnarbeiter durch die Reichsbahn-Hauptverwaltung eingenommenen Standpunkt.
Die Konferenz verkennt durchaus nicht die Schwierigkeiten, in denen sich die Reichsbahn-Gesellschaft durch die außerordentlich starke finanzielle Vorbelastung befindet. Die verantwortlichen Funktionäre des Einheitsverbandes sind aber der Überzeugung, daß die Belastung der Reichsbahn ihren Organen nicht die Möglichkeit nimmt, den von den Gewerkschaften erhobenen Forderungen Rechnung zu tragen. Auch unter voller Würdigung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sehen die Verantwortlichen des Einheitsverbandes in den gestellten Forderungen das Mindeste, das von der Reichsbahn-Gesellschaft erfüllt werden muß. Die von allen Stellen anerkannten Epigonalleistungen der Reichsbahn-Arbeiter sind nur aufrechtzuerhalten, wenn die durch die Regelung der Arbeitszeitfrage auf die stärkste Belastungsprobe gestellte Arbeitsfreudigkeit durch Erfüllung der Lohnforderungen ausgeglichen wird.
Neben dieser an sich selbstverständlichen allgemeinen Verbesserung der Löhne der Reichsbahn-Arbeiter hält die Konferenz fest an der Forderung der Beseitigung des Wirtschaftskriegs. Die Konferenz erwartet vom Verbandsvorstand und Beirat, daß sie zur Durchsetzung dieser Forderungen alle sachgemäßen Mittel zur Anwendung bringen und verpflichtet sich, den von den Verbandsinstanzen erwarteten Maßnahmen unbedingte Folge zu leisten.“

Diese Entschließung schlägt Maßnahmen vor, die der Abwägung des Streiks und dem Verzicht auf jede Lohnverbesserung gleichzustellen sind. Kann man von dem reformistischen Verbandsvorstand erwarten, daß er einen Streik organisiert und ihn mit aller Konsequenz durchführt? Nein! Das Hineinwachsen in den kapitalistischen Staat, die Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien zwingt auch die sozialdemokratischen Führer des Einheitsverbandes, Rücksicht auf die „Wirtschaftlichkeit“ der Eisenbahn zu nehmen und jede Erschütterung der Wirtschaft durch einen Eisenbahnerstreik zu vermeiden.
Das kommt klar und typisch zum Ausdruck in der Betonung der „gemeinsamen Interessen“ aus dem letzten Satz von „der Würdigung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse“. Deshalb heißt es am Schluß der reformistischen Entschließung: „verpflichtet, sich den von den Verbandsinstanzen erwarteten Maßnahmen unbedingte Folge zu leisten.“ Die Mitgliedschaft erwartet Anweisung auf Streikbeginn, die Verbandsleitung wird Anweisung auf Nichtstreik und Unterwerfung unter einen Hungerstreik geben.
Es ist klar, daß bei Befolgung der Beschlüsse der Karfreitag-Konferenz und beim Warten auf die „Maßnahmen“ des Verbandsvorstandes es zu keinem Streik und Sieg der Eisenbahner kommen wird. Die Eisenbahner müssen die Organisation und Führung des Kampfes selbst in die Hand nehmen. Dann ist die Wahl einer Kampfleitung und ihre Zusammenfassung im Bezirks- und Reichsmaßstab eine unerlässliche organisatorische Voraussetzung. Die weitere Antwort auf die provokatorische Haltung der Verwaltung muß die Wahl von roten oppositionellen Betriebsräten sein.
Eisenbahner, die Lage ist günstig! Mobilisiert auch den letzten Kollegen für den Kampf! Verlasst den unternehmerfreundlichen Gewerkschaftsführern die Gefolgschaft! Durchbricht den Schlichtungsschwindel! Legt die Organisation und Führung des Streiks in die Hände von selbstgewählten Kampfleitungen! Der Sieg wird euer sein!

Der Weg zum Konkordat der preussischen Koalitionsregierung mit der katholischen Kirche wird mit neuen Kirchensteuern gepflastert. Das soll jedoch so geschehen, daß die breiten Massen es möglichst nicht bemerken. Trotzdem die preussische Regierung bereits Ende des vorigen Jahres mit den evangelischen und katholischen Kirchenbehörden die Abmachungen über neue Kirchensteuern getroffen hatte, legte sie die entsprechenden Gesetze erst kurz vor dem 1. April dem Landtag vor, ohne Zweifel mit der Absicht, durch ein schnelles Durchdringen dieser Gesetze, die mit dem 1. April in Kraft treten, zu erreichen, daß sich die Öffentlichkeit wenig oder gar nicht mit ihnen beschäftigt. Die Gesetze bedürfen jetzt noch der dritten Lesung des Landtags, jedoch ist ihre Annahme durch eine Einheitsfront von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen sicher.

Die Tendenz dieser Neuregelung der Kirchensteuern wird in der Begründung, welche die Regierung Braun-Orzesinski dazu gibt, ziemlich klar ausgesprochen. Die Neuregelung geht davon aus, daß das Schwergewicht bei der Erhebung der Kirchensteuer von den Zuschlägen zur Einkommensteuer wegverlegt werden müsse. Dieses Ziel soll deshalb erreicht werden, weil die Staffelung der Reichseinkommensteuer für die Großverdiener noch zu hoch ist und sie damit gebroht haben, aus der Kirche auszutreten, wenn die Kirchensteuer weiterhin als Zuschlag auf diese, ihrer Auffassung nach zu hohe Einkommensteuer erhoben werde. Die Preussenregierung sagt dazu in ihrer Begründung: „In der Tat ist die prozentuale Mehrbelastung der höheren Einkommen bei unveränderten Kirchensteuerzuschlägen so beträchtlich, daß sie unter kirchlichen Gesichtspunkten nicht zu rechtfertigen ist.“

Dementsprechend ist der Inhalt der neuen Kirchensteuergesetze. Die wesentlichen Veränderungen gegenüber der bisherigen Kirchensteuergesetzgebung sind die folgenden:

1. Die Kirchenbehörden bekommen das Recht, die Staffelung der Einkommensteuer zur Schonung der Besitzenden zu verändern. Das bedeutet, daß die oberen Klassen der Reichseinkommensteuer bei der Erhebung der Kirchensteuerzuschläge nicht berücksichtigt werden.
2. Als Ersatz für diese Schonung der Besitzenden bei der Erhebung der Kirchensteuer werden der Kirche neue Steuerquellen eröffnet. Die wichtigste neue Steuerquelle ist die Einführung einer neuen Kirchensteuer, welche als Kopfsteuer von jedem Mitglied der Kirche erhoben werden wird, unabhängig von der Höhe seines Einkommens. Diese Steuer wird ausdrücklich damit begründet, daß es einige Millionen Menschen gibt, welche nicht so viel verdienen, daß sie zur Einkommensteuer herangezogen werden können (unter 1200 Mark jährlich). Um diese Vermissten der Armen, die man bei dem bisherigen System der Kirchensteuerzuschläge zur Einkommensteuer nicht erfassen konnte, nun heranzuziehen, soll diese neue Kopfsteuer, das sogenannte Kirchgeld, erhoben werden. Die Kirche hat bereits Versuche gemacht, ein freiwilliges Kirchgeld zu erheben, doch ist sie damit gescheitert, und jetzt soll der Staatsapparat (Steuerbehörden, Justiz und Gerichtsbollweiser) mobilisiert werden, um dieses Kirchgeld zwangsweise bei den „gläubigen Seelen“ einzutreiben.
3. Die bisherige Begrenzung der Zuschläge zu den Realsteuern (Gewerbesteuer, Grundvermögenssteuer), die prozentual nicht höher sein durften als die Kirchensteuerzuschläge zur Einkommensteuer, soll jetzt aufgehoben werden. Dies ist ein weiterer Weg zur Abwälzung der Kirchensteuer nicht nur auf die armen Massen der Kirche, sondern überhaupt auf die Konsumenten, ganz gleich, ob sie Mitglieder der Kirche sind oder nicht. Denn der Sinn dieser Veränderung ist der, daß die Kirchensteuerzuschläge auf die Grundvermögenssteuer noch leichter von den Besitzenden auf die Konsumenten abgewälzt werden können, als die Einkommensteuerzuschläge. So macht sich denn schon in den letzten Jahren in den Gemeinden die Tendenz bemerkbar, die Einkommensteuerzuschläge abzubauen und die Zuschläge zur Grundvermögenssteuer auszubehnen und zu erhöhen.
4. Um die Tendenz der Abwälzung der Kirchensteuer auf die werftätigen Massen, die noch in der Kirche sind, etwas zu vermindern, wird durch die neuen Gesetze die Erhebung von Zuschlägen zur Vermögenssteuer eingeführt. Der Scheincharakter dieser Bestimmung kommt jedoch schon allein dadurch zum Ausdruck, daß Kirchensteuerzuschläge zur Vermögenssteuer nur dann und insoweit erhoben werden sollen, als der Zuschlag zur Vermögenssteuer die Zuschläge zur Einkommensteuer und Grundvermögenssteuer übersteigt. Diese Bestimmung, das heißt die Anrechnung der einen Steuer auf die andere, ist nur bei den Zuschlägen zur Vermögenssteuer vorgegeben, und das Ergebnis

Jungproletariat antwortet Orzesinski

Glänzender Verlauf des Reichsjugendtages — 50000 Jungproletarier demonstrieren in Düsseldorf

(Eig. Bericht.) Düsseldorf, 2. April.

Trotz aller Drohungen und Provokationen der Polizei gestaltete sich der von dem kommunistischen Jugendverband veranstaltete Reichsjugendtag in Düsseldorf zu einer gewaltigen Kundgebung des revolutionären Jungproletariats gegen die Schanderlasse des sozialdemokratischen Polizeiministers, gegen die Koalitionsregierung, für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, für die Verbrüderung des internationalen Jungproletariats und die Verteidigung der Sowjetunion. An der Demonstration am Karlsplatz nahmen

50000 Jungarbeiter

teil. 15000 Teilnehmer waren von außerhalb, darunter Delegierte aus Ostpreußen, aus Schlesien, Bayern und der Nordmark. Ein Brava den Berlinern, die in Stärke von 2000 Mann vertreten waren. Die Demonstration war von imponierender Wucht. Ein Wald von roten Fahnen und Transparenten umlängte den Platz. Es wurden 680 rote Fahnen und 400, zum Teil sehr originelle, Transparente gezählt. Unter jubelndem Beifall sprach Genosse Leo vom J.A. der kommunistischen Jugend. Für die kommunistische Partei sprach Genosse Thälmann an, der die Verbrüderung des Jungproletariats mit der erwachsenen Arbeiterklasse im Kampf gegen die Schanderlasse betonte.

Trotz aller Provokationen der Polizei verlief die gewaltige Demonstration ohne größere Störungen.

Arbeitermord in Berlin

In der Nacht zum Freitag wurde aus einem nichtigen Anlaß das Mitglied der SPD., Genosse Kurt Reh, Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, von einem vollkommen betrunkenen Schupo-Machtmehrer in der Mülackstraße, blindlings über den Haufen geschleudert. Reh war sofort tot. Der schicksalhafte Schupo, der sich mit noch einem anderen Wachmeister außer Dienst auf einer Bierreise befand, kam auf eine Gruppe diskutierender Arbeiterpoetiker zu und

sagte zu dem Genossen Reh: „Maulaffe, was fecht du hier?“ Als sich Genosse Reh diesen Ton selbstverständlich verbat, versetzte der Schupo dem Genossen einen Sinnhaken. Reh taumelte zurück, ungefähr zwei Meter weit, und im selben Moment zog der Schupo die Pistole und erschoss den Genossen.

Noch 1800 Textilproleten sollen aufs Pflaster fliegen

Das Ostergehen der Textilbarone

Langenbielau, 2. April.

Die Firma Dierig beabsichtigt, wie uns berichtet wird, Mitte April weitere 1800 Textilarbeiter und -arbeiterinnen zu entlassen. Riesengewinne für die Textilbarone — die Weber fliegen aufs Pflaster. Das Ostergehen vom Hause Dierig: 1800 Proleten auf die Straße!

Vom Tage

Der Bolschewist der Vereinigten Staaten in Paris, Myron T. Herrif, ist Sonntag im 72. Jahre gestorben.

Wie kurz vor Schluß der Redaktion von der „Telegraphen-Union“ gemeldet wird, sind in den letzten Tagen in Kanton hunderte Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei hingerichtet worden.

Nach einem amtlichen Bericht sind an der Pest in Ägypten 20 Personen, in Transjordanien 12 und im Irak 35 Personen gestorben.

Während der Osterfeiertage herrschte in allen Teilen Deutschlands schlechtes Wetter. Aus zahlreichen Orten werden Schneestürme gemeldet.

dieser Bestimmung ist, daß in der Praxis nur in ganz seltenen Fällen ein Kirchensteuerzuschlag zur Vermögenssteuer wirklich erhoben wird.

Die Gesetze gelten sowohl für die katholische wie die evangelische Kirche.

Die Sozialdemokratie hat von vornherein den Gesetzen zugestimmt. Dabei hat sie es weder bei der ersten, noch bei der zweiten Lesung gewagt, ihre Haltung im Plenum des Landtags zu begründen. Lediglich im Ausschuss hat Kleinmann ein paar Worte dazu gesagt, wobei er die Minderheit auftrug, das zu sagen, daß diese Gesetze eine soziale Note enthalten.

Vor den breiten Massen und insbesondere vor den Freien lernen verliert die Sozialdemokratie, ihre Haltung zu diesen Gesetzen damit zu begründen, daß sie sagt, die Steuern würden ja nur von denen erhoben, die noch in der Kirche sind, und wer sie nicht zahlen wollte, könnte ja austreten.

Die Situation auf diesem Gebiet wird sehr richtig dadurch charakterisiert, daß allein die kommunistische Partei gegen diese Mobilisierung des Staatsapparats für die Eintreibung der Kirchensteuern kämpft. Die Antwort der breiten Massen der Werktätigen auf die obengeschilderte Steuerpolitik der Kirchenbehörden zugunsten der Reichen muß der schnellste Austritt aus der Kirche sein.

Oppositionelle Siege überall

Gießen, 2. April. Die Betriebsratswahl der Zeche Westerkamp brachte folgendes Ergebnis:

Table with 2 columns: Party Name and Votes. SPD: 1095, Christl.: 424, Unpart.: 586.

Die Mandate verteilen sich: sieben rote Betriebsräte, zwei Reformisten und vier Christen.

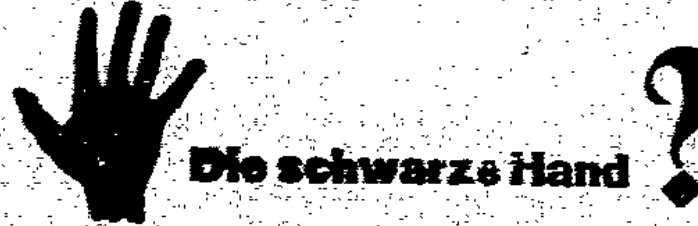
Halle, 2. April. Bei den Betriebsratswahlen auf den Deutschen Zellulose-Fabriken Eilenburg bekam die Gewerkschaftsopposition alle zehn freigewerkschaftlichen Sitze im Arbeitererrat.

Zinn, 2. April. Die Wahlen zum Arbeiterrat bei der Firma Zeiß ergaben einen glänzenden Erfolg der Opposition. Im vorigen Jahr hatte die Opposition vier Sitze im Arbeiterrat inne.

Schluss mit dem Verhältnertum auch im Bezirk Halle-Merseburg

Die erweiterte Bezirksleitungssitzung Halle vom 26. März nahm Stellung zu den Änderungsanträgen des Politbüros des ZK zu den vom Genossen Schröter ausgearbeiteten Resolutionen zum bevorstehenden Parteitag Halle.

In der Stadtdelegierten-Konferenz in Zeitz wurden nach einem Referat des Genossen B. Koehn und in einem Referat des Genossen Schröter die Änderungsanträge des ZK einstimmig angenommen.



Die schwarze Hand?

Die schwarzweißrotgelbe Republik ein Aprilscherz - Von schweren Jungen und lachenden Mädchen - Die schwarze Hand der Republik - Scheidemann wieder Polet - Die schwarze Hand der Jesuiten - Der wehmagende Krimi a. u. a. m. - Märkischer Held, Schlachter, Weinst. Graf, Krähig, Oas, Jule, Klang und die Photolamera in Aprilheft des 'Sachsenpiegel'. Corben erschienen!

Geheimabkommen zwischen Ulstein-Verlag und SPD.

Die „Morgenpost“ soll inoffizielles SPD-Organ werden

Berlin, 2. April. Wie die „M.“ von zuverlässiger Seite erfährt, ist zwischen dem Parteivorstand der SPD und dem Ulstein-Konzern eine feste Vereinbarung dahingehend getroffen worden, daß der Ulstein-Konzern die Berliner „Morgenpost“ als inoffizielles Parteiorgan der SPD zur Verfügung stellt.

Dieses Abkommen zwischen dem großkapitalistischen Ulstein-Konzern und der SPD liegt in der Linie der sozialdemokratischen Politik und Korruptionspolitik. Zwischen demokratischer Politik und sozialdemokratischer Politik, zwischen „Vorwärts“ und „Morgenpost“ bestehen nur kleine Nuancen.

Warum sollte bei so langem Verhältnis zwischen demokratischer und SPD-Presse die bisher von der SPD der Vorkriegszeit verhöhlte „Morgenpost“ nicht inoffizielles Organ der SPD werden. Die tiefere Ursache des Abkommens liegt in der Tatsache, daß die Arbeiter in immer größerem Maße der SPD den Rücken kehren und von ihrer Politik die Nase voll haben.

Vom „Sozialdemokrat“ aus den Jahren des Sozialistengesetzes bis zur „Morgenpost“, das ist der Weg der einst sich stolz nennenden, internationalen, völkerverhetzenden, revolutionären Sozialdemokratie.

Gesamtausberrung in der österreichischen Metallindustrie angedroht

Als Antwort auf den Streik in der Automobilindustrie hat der Unternehmerverband beschlossen, am 6. April die gesamte Metallindustrie in Wien stillzulegen und acht Tage darauf die Ausberrung auf ganz Oesterreich auszudehnen.

Wir sind überzeugt, daß die österreichischen Arbeiter sich durch diese Drohung nicht einschüchtern lassen werden. Sie werden den Kampf um ihre Forderungen fortführen!

Aus aller Welt 28 Opfer des Grubencapitals

Brüssel, 2. April. Am späten Sonnabend ereignete sich in der Kohlengrube „Waterschei“, in der Nähe des Städtchens Gnod, in der Provinz Limburg, ein folgenschwerer Wettererschlag, dem bisher 23 Bergleute als Tote zum Opfer fielen.

Brüssel, 2. April. Die Zahl der Opfer des Unglücks in der Kohlengrube „Waterschei“, in der Nähe von Gend, hat sich auf 23 erhöht.

Graf Stolbergs Leiche muß ausgegraben werden

Termin am Samstag - Wem hat sich der Täter „anvertraut“

Berlin, 2. April. Wie der Sonderberichterstatter des „Welt-Abendblattes“ aus Hirschberg meldet, muß angesichts der Widersprüche, die sich im weiteren Verlauf der Untersuchung in der Jannowiger Morchangelagenheit ergeben haben, die Leiche des Grafen Eberhard Stolberg wieder ausgegraben werden.

Es wurden neuerdings die drei Brüder des Verhafteten, die Grafen Theodor, Conrad und Johann-Karl, durch die Kriminalbeamten vernommen. Die Nachprüfung ihrer Alibis hat ergeben, daß alle drei in der Morchnacht nicht in Jannowitz gewesen sind.

Vor den Feiertagen erfolgte eine dreieinhalbstündige Vernehmung des Stolbergischen Gutverwalters, des Direktors Gombert. Die Nordkommission erklärte, daß sie nunmehr auf dem Standpunkt stehe, daß Direktor Gombert derjenige sei, dem sich Graf Christian in der Morchnacht anvertraut habe.

Er sollte sich der Graf einem Familienmitgliede, dem dem Superintendenten und jetzt plötzlich dem Direktor Gombert anvertraut haben. Wahrscheinlich wird es morgen schon wieder eine andere Person sein, der er sich anvertraut haben soll.

Abgeordneter Ullrich aus der Haft entlassen

Rastowitz, 2. April. Nach dreitägigen Bemühungen ist es dem Rechtsbeistand des verhafteten Abgeordneten Ullrich gelungen, die Haftentlassung für den Verhafteten, der schon seit über sechs Wochen sich in Haft befindet, gegen Stellung einer Kaution von 70000 Mark zu erwirken.

Schweres Autobusunglück in Columbia

London, 2. April. Nach Berichten aus Bucharamanga in Columbia fand bei einem Autobusunglück acht Personen getötet und zwölf weitere schwer verletzt worden.

Zwei Flugzeugabstürze - Sieben Tote

London, 1. April. Bei einem Flugzeugabsturz in der Nähe von Riverside in Kalifornien wurden fünf Personen getötet. Das Flugzeug befand sich über der Stadt Beaumont, als der Benzintank plötzlich Feuer fing.

Ein japanischer Dampfer mit 48 Passagieren gesunken

Tokio, 2. April. Der japanische Dampfer „Kajima“ ist in der Nähe von Suruga mit 48 Passagieren gesunken.

Ein Reichswehrauto im Harz verunglückt

Bad Harzburg, 30. März. Sonnabend früh ereignete sich dicht beim Rabau-Wasserfall ein schweres Autounglück. Ein Autoomnibus kam mit Reichswehrmannschaften vom Reichswehrbataillon 12, die zum Osterurlaub nach Dessau fuhren, vom Torshaus herunter und rutschte in der großen Kurve infolge des glitschigen Bodens gegen die Mauer an der linken Straßenseite.

Schiffszusammenstoß im Golf von Gascogne

Paris, 2. April. Am Ostersonntag ereignete sich ein schwerer Schiffszusammenstoß im Golf von Gascogne. Der französische Dampfer „Ceylon“, der sich auf der Fahrt von Buenos Aires nach Frankreich befand, wurde von dem englischen Dampfer „Clodoald“ gerammt.

Ein Tornado über Arkansas und Missouri

London, 2. April. Bei einem Tornado, der den westlichen Teil von Arkansas und den Südosten von Missouri heimsuchte, sind nach den bisher in Poplar Bluff in Missouri eingelangten Meldungen mindestens 20 Personen verletzt worden.

Erdbeben bei Wien

Wien, 30. März. Am Sonnabend früh um 6 Uhr wurde in Schwadorf, einem Orte einige Kilometer südlich von Wien, ein Erdstößchen verspürt, dem um 8 Uhr ein zweites folgte.

Überwetter in Dänemark

Ropenhagen, 2. April. Während noch in den letzten Tagen der vorigen Woche schönsten Frühjahrswetter herrschte, ging an den beiden Feiertagen über Kopenhagen und Umgegend Regen nieder.

Tragischer Gastod einer ganzen Familie

Berlin, 2. April. In ihrer Wohnung in der Mir-Stein-Strasse wurden am Ostermontag der 42 Jahre alte Arbeiter Willi Mund, seine 80 Jahre alte Ehefrau Gertrud und die 14 jährige Tochter Charlotte durch Gas vergiftet tot aufgefunden.

Seine Frau im Streit erschossen - Selbstmordversuch des Täters

Berlin, 2. April. Am ersten Feiertag erschoss der 24 Jahre alte Ehepaar Willi Köhler in seiner Wohnung in Lichtenberg seine 26 jährige Ehefrau im Verlauf von Familienzwistigkeiten.

Die nächste

Wochenausgabe

Wird an die Ortsgruppen nur geliefert, wenn bis zum Freitag alle bis Ende März geteilten Zeitungen abgeräumt sind.

Führertrach in der sächsischen SPD.

Gegenseitige Beschuldigung der Korruption und des Strebertums Kampf um Koalitionsregierung oder „linke“ Scheinopposition

In der linken Führertrach in Sachsen ist ein bedeutender Kampf ausgebrochen, der an den Claqueurandal ehrgeiziger Streber in der Breslauer SPD erinnert. Der Leipziger Führer Liebmam steht, gedeckt durch die Mehrzahl seiner Kollegen, gegen die Dresdener und Chemnitzer Führer Edel, Arzt, Wächel usw. in heftigem Streit. Wie groß die Differenzen sind, geht daraus hervor, daß die beiden Lager mit geheimen Rundschreiben, Denkschriften usw. arbeiten, in denen sie sich gegenseitig des Strebertums, der Korruption und der Lüge bezichtigen. Unser Dresdener Sonderorgan, die „Arbeiterstimme“, berichtete u. a. darüber: Ganze Bücher werden von beiden Seiten an die beteiligten Claqueur herausgegeben. Die SPD-Arbeiter aber haben bis heute noch nicht eine Zeile von diesen Auseinandersetzungen erfahren. Die Kämpfe, die hier um die Führertrach entbrannt, sind nicht geeignet, die SPD-Arbeiter zu begeistern. In der Denkschrift Liebmams kommt zum Ausdruck, wie sich diese „hohen Geister“ darum streiten, wessen Reden im Parlamentsbericht am längsten sein dürfen. Die Feldwebelmannieren Edels spielen gleichfalls eine große Rolle. Im Dresdener Stadtcasé befindet sich Edels Postenverteilungsstelle! Alle Edel nicht genehmen Personen wurden fastgestellt oder gar aus der SPD. herausgestoßen. Liebmam beauptet u. a.:

„Edel habe Liebmams Freund, Ministerialrat Kändler, mit Haß verfolgt und ihn durch unmensliche Behandlung aus der Partei hinausgetrieben, um seine eigene Geltung als Parteiführer zu behaupten. Die Erklärung für diese Einstellung Edels ist für mich: Es gibt einen Haß der Geltungshungrigen gegen geistig Überlebende. Dieser Haß tritt im Besonderen dann verhängnisvoll hervor, wenn der Geltungshungrige die Grenzen seiner Begabung nicht erkennt.“

Welch tolle Blüten der Korruption dieser „linken“ SPD-Sumpf hervorgebracht hat, zeigt folgende Behauptung in der Liebmamschen Denkschrift: „Arzt hat ein Referat für die SPD. gehalten. Der Druck des Referats wurde beschlossen. Arzt strich dafür 750 Mark Honorar ein. Unter den Jugendlichen läte dies die stärkste Entrüstung aus. Da nachher niemand die Broschüre kaufte, entstand ein Defizit von 1000 Mark. Arzt verzichtete aber keineswegs auf sein Honorar, und noch heute muß die Sozialistische Arbeiterjugend Geld besteln, um jene Schuld zu decken. Doch damit nicht genug. Arzt hat monatlang doppelte Däten, Landtags- und Reichstags-, eingestrichen, ohne auch nur einen Pfennig an die SPD. abzuliefern. Während des Krieges hat er als Soldat bei der Geburtstagsfeier der ehemaligen Kaiserin einen Prolog gedichtet und vorgetragen, der die Kaiserin byzantinisch verschimmelte. Von einem Genossen aus Dresden zur Rede gestellt, befrucht Arzt, ein solches Gedicht verfaßt und vorgetragen zu haben. Erst später hat er seine Lüge eingestanden!“

Und diese Dürchen eskalieren sich, über „Korruption in der SPD.“ zu zernern! Der ganze Kampf in der linken SPD-Führertrach hat aber tiefere politische Ursachen. Daß die sächsischen „Linken“ kein einheitliches Gebilde darstellen, ist zur Genüge bekannt. Ein Teil derselben, und dazu gehört auch der Leipziger Liebmam, hat schon mehrfach geäußert, daß es völlig berechtigt sei, in Sachsen, im Gegensatz zum Reich, sich nicht an der aktiven Politik zu beteiligen, d. h. Koalitionspolitik zu machen. Die Edel, Arzt und Wächel wollen natürlich das Gegenteil, sie fürchten nur den wachsenden Widerstand der sozialdemokratischen Mitgliedschaft und zogen deshalb bisher die „linke“ Scheinopposition“ dem Parteivorstandes, der offenen Koalitionsopposition, vor. An ihren Taten haben wir aber der Arbeitertrach wiederholt demonstriert, daß die linken SPD-Führer in Wirklichkeit dem sozialimperialistischen Kurs der Müller und Weis nur als Pulvisse dienen. Die Ansicht dieser Gruppe Edel, Arzt bildet bisher immer noch die Grundlage der Politik der „Linken“. Sie hoffen, daß ihnen die kommenden sächsischen Wahlen einen so großen Erfolg bringen, daß sie um eine Koalition herumkommen und eine rein sozialdemokratische Regierung bilden können, unter deren Mäkte sie dann im Sinne des Parteivorstandes Bürgerblockpolitik machen werden. Der obige Streit aber zeigt, daß die Liebmam-Gruppe mit der Unterstützung des Parteivorstandes die Dinge bezüglich der Wahlergebnisse in Sachsen nicht so ruhig anstieht und darauf drängt, daß schon jetzt die sozialdemokratische Mitgliedschaft auf die „politische Mitarbeit in der Regierung“, d. h. auf die Koalitionsopposition mit den bürgerlichen Parteien eingestellt wird.

Natürlich verjudet die linke sächsische-Freie die obigen Auseinandersetzungen als belanglos und unpolitisch hinzustellen. Die „Dresdener Volkszeitung“ berichtet ferner, daß ein Untersuchungsausschuß die Angriffe Liebmams gegen Arzt, Edel usw. als unwahr

zurückgewiesen habe. Nichts aber ist bezeichnender für die politischen Gegebenheiten, als daß die linken Blätter angesichts der Wahlen zur „Einigkeit und Zurückstellung aller Differenzen“ rufen. Jetzt weiß man auch noch deutlicher als bisher, warum die linken SPD-Führer den Wahlkampf nur gegen die bisherige Bürgerblockpolitik richten, aber jeder Auseinandersetzung über die gesamte Koalitionsopposition, das Wahlprogramm und die außerparlamentarischen sächsischen Diktaturpläne der Strejemann-Müller-Gruppierung aus dem Wege gehen wollen. Die Kommunisten aber werden im Wahlkampf den „linken“ Korruptionshelden und Schlingknappen des Parteivorstandes ihre scheinradikale Mäkte vom Gesicht reißen, und die sozialdemokratischen Arbeiter werden sich in immer größerer Zahl um die kommunistische Sturmflagge sammeln.

Arbeiter Sport

Handball am 7. April

- Männer A-Klasse**
 8,30: 1. Abt. — 6. Abt., Eichenpark, Fritsch I, Quarg
 9,30: Pöselbon — Wochbern, Stadion, Fritsch II, Kenschin I
 14,00: 5. Abt. — 7. Abt., Dömitz, Tschernitz, Feist
 16,00: Gaudau — 2. Abt., Gaudau, Schmallsch, Bergander
- Männer B-Klasse**
 9,00: 8. Abt. — 5. Abt., Felmützwiese, Tiegel, Wallenburg B.
 9,00: Nordost — 6. Abt., Dömitz, Guhr, Würfel
 15,00: 1897 — 7. Abt., Lohewiese, Gesellschaftsspiel, Müller, Scholz
 16,20: 1925 — 1. Abt., Dömitz, Tschab, Nagel
- Männer C-Klasse**
 15,00: Wochbern — 4. Abt., Lohewiese, Fischer, Hubrich
 15,00: 1925 — Pöselbon, Dömitz, Bassallig, Großpietisch
- Männer D-Klasse**
 8,30: Sil.-Riders — 7. Abt. IV, Stadion, Gesellschaftsspiel, Schaubert, Kenschin II
 9,40: 1928 — 4. Abt., Stadion, Schubert, Kenschin II
 10,20: Nordost — 1925, Dömitz, Freischer, Lachmann
 10,50: 9. Abt. — 8. Abt., Eichenpark I, Abt., Koch, Schiefinger
 16,20: Deutsch-Lissa — 7. Abt. III, Eichenp. 7. Abt., Lichnod, Komarre
- Jugend A-Klasse**
 8,20: Pöselbon — 7. Abt. 2. Jgd., Stadion, Fritsch II, Kenschin I
 14,00: Gaudau — 2. Abt., Gaudau, Schmallsch, Bergander
 15,00: 6. Abt. — 4. Abt., Tschanssch, Reichert, Krause
 15,00: 7. Abt. 1. Jgd. — 5. Abt., Eichenpark, Lichnod, Komarre
- Jugend B-Klasse**
 10,20: 8. Abt. — 5. Abt., Felmützwiese, Tiegel, Wallenburg B.
 9,40: 9. Abt. — Nordost 2. Jgd., Eichenp. 1. Abt., Koch, Schiefinger
 10,40: Neulirch — Pöselbon, Stadion, Regal, Neumann
 16,20: 1897 — Nordost 1. Jgd., Lohewiese, Müller, Scholz
 16,20: Wochbern — Deutsch-Lissa, Lohewiese, Fischer, Hubrich
- Sportlerinnen A-Klasse**
 10,00: 1921 — Nordost, Eichenpark West-Platz, Baum Hubrich
 16,00: Prasilawia — 4. Abt., Dömitz 5. Abt.-Platz, Bassallig, Großpietisch
- Sportlerinnen B-Klasse**
 10,00: Freiheit — Deutsch-Lissa, Dömitz, Guhr, Würfel
 16,20: 2. Abt. — West, Lohewiese, Flegel, Striepel
 15,10: Wjz. — 4. Abt., Gaudau, Heider, Böttner
 15,20: 3. Abt. — Silesia, Dömitz, Tschernitz, Feist
 Erstgenannter Verein hat Platzbau.

Fußballsparte. Verhandlungsausschuß. Ladung für den 8. April 1929. Folgende Sportgenossen sind geladen: Um 20 Uhr: Vereinsvertreter Stern und Herrmannsdorf, dazu Spielführer von Stern II. Mannschaft vom Spiel am 10. März. — 20,15 Uhr: Vereinsvertreter Prasilawia und Freiheit, dazu Sportgenossen Köntig, Paul und Hans Rau (Freiheit). — 20,30 Uhr: Vereinsvertreter Wjz. und Silesia-Riders, dazu beide Spielführer der II. Mannschaften vom Spiel am 3. März, Schiedsrichter Josef Sagame (Union). — Um 20,45 Uhr: Vereinsvertreter Herta und Union und Spielführer beider Vereine vom Spiel am 3. März. Schiedsrichter Zedel. — Um 21 Uhr:

Folgeschwere Explosion

XII. Kattowitz, 30. März. Im Dorfe Pobleste in der Wojewodschaft Kattowitz explodierte durch unvorsichtiges Umgehen mit Feuer in einem Kosonialwarengeschäft eine größere Menge Kalichlorium, das zum Osterfesten Verwendung findet. Die Explosion war so gewaltig, daß der Ladeninhaber getötet, drei Personen schwer und vier leicht verletzt wurden. Die Ladeneinrichtung wurde vollständig zerstört.

Deutsch-polnische Verhandlungen in Paris

XII. Paris, 2. April. Nach einer Genfer Meldung des „Journal des Debats“ sind bei dem japanischen Botschafter in Paris, Watschi, in seiner Eigenschaft als Berichterstatter des Völkerverbundes für Minderheitenfragen, Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über gewisse Auslegungen des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien im Gange. Die Verhandlungen, die durch die Osterfesttage unterbrochen wurden, würden in der kommenden Woche fortgesetzt.

Vereinsvertreter Herta und Freiheit, dazu Schiedsrichter Engel (Südost). — Wir machen die Vereine darauf aufmerksam, daß bei Disqualifikationen von Spielern die Bässe und Anmeldeformulare dem Verhandlungsausschuß vorgelegt werden müssen, sonst bleiben Anträge unberücksichtigt.

Anfängerkursus im Bogenschießen. Die Sportvereinigung Nordost, welche mehrere Kurse erfolgreich beendet hat, beginnt diesmal mit einem gründlichen Kursus im Bogenschießen. Meldungen schriftlich Sportgenossen 10 Uhr, Sedanstraße 11, oder mündlich in den Übungsstunden Dienstag und Freitag von 20 bis 22 Uhr in der Turnhalle an der Hertastraße. Meldeschluß: 9. April.

Bezirkspartienführung des 4. Bezirks der Wasserballer. W. gehalten am 24. März in Schweidnitz, in der „Stadt Reichendach.“ Vertreten waren die Orte Waldenburg, Reichendach, Ditterbach, Schweidnitz und Freiburg. Im Auftrage der Kreisleitung eröffnete der Genosse Keller-Schweidnitz die Sitzung und wird eingangs derselben als Bezirkschwimmwart vorgeschlagen und gewählt. Folgende Tagesordnung fand ihre Erledigung: 1. Wahl des Rettungsschwimmwartes und des Wasserballobmannes. 2. Kassenbericht. Bezirkschwimmwart. 4. Verschiedenes. Als Rettungsschwimmwart wird der Genosse Scholz-Schweidnitz gewählt. Bei der Wahl des Wasserballobmannes stellten sich Schwierigkeiten ein; der Genosse Keller wird beauftragt, die einzelnen Wasserballobleute der Vereine zu laden. Die Kassenverhältnisse sind gut zu nennen, trotzdem es wiederum Vereine gibt, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Das Bezirksfest am 4. August in Schweidnitz. Vorarbeiten werden in einer vorausichtlich am 5. Mai in Waldenburg — in Verbindung mit einer Übungsstunde — stattfindenden Schwimmwartführung ihre weitere Erledigung finden. Alle Vereinschwimmwarte müssen reiflich erscheinen. Interessante Ausführungen einzelner Genossen stellten den letzten Punkt der Tagesordnung aus.

Es dürfte wohl manchen Genossen interessieren, mit welchen Schwierigkeiten einzelne Vereine zu kämpfen haben, wenn mitgeteilt werden kann, daß Vereine für eine Übungsstunde in Hallenbädern eine Bagatelle von „nur“ 25 Mark, in Worten: fünfundzwanzig Mark, zu zahlen haben. Hierbei dürfte es wohl angebracht sein, die Genossen und Genossinnen auf die in der nächsten Zeit stattfindenden Gemeindevahlen aufmerksam zu machen.

Freiburg. VfR Freiburg. Am Sonntag vor acht Tagen weilten vier Mannschaften des Vereins bei den Freien Sportfreunden in Waldenburg zur Austragung der ersten Serienspiele. Vormittags spielten die zweite Jugend und die zweite Mannschaft des Vereins gegen die gleichen von Waldenburg. Resultat: VfR 2 Jgd. — Sportfr. 2. Jgd. 0:8; VfR II — Sportfr. III 0:6. Am Nachmittag spielten um 2 Uhr VfR 1. Jgd. — Sportfr. 1. Jgd. 0:0. Spielt die 1. Jugend in dieser Form weiter, dann wird sie sich auch dieses Jahr wieder zum Endspiel um den Bezirksmeistertitel durchsetzen. Das Haupttreffen lieferten sich aber die beiden ersten Mannschaften der Vereine. Waldenburg geht mit 2:0 Führung in die Halbzeit und muß sich gefallen lassen, daß Freiburg bis zum Schluß aufholt.



Unser die Heimat!

Uralt ist auch in Schlesien die Leinenweberei. — Überall surrten Spinn- und Webstühle, wenn im Zwielicht des Kienspans heitere Volksweisen und Schwänke Kurzweil brachten. — 1346 erhält Hirschberg das Privileg über den Gewandschnitt und die Verfertigung von Leinwand. — Manches Stück Leinen mag damals schon in die Fernen geführt worden sein, denn die Stadt Görlitz erhebt bereits 1418 einen Zoll von 8 Groschen auf 2 Schock Leinenwaren. — Um 1470 wird die „Schlesierweberei“ bekannt, und mit diesem Zeitpunkt etwa beginnt der Aufschwung der schlesischen Leinenweberei, die im darauffolgenden Jahrhundert Weltgeltung erlangt.

Im Herzen Schlesiens schaffen Tatkraft und Fleiß

RARITÄT 4 Pf

die Cigarette des Schlesiens!
 o. Mdst. m. Gold m. Kork

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H.

Trotzki im Dienste der Bourgeoisie

Mister Trotzki verbündet sich mit Sowjetrußlands Todfeinden zum gemeinsamen Kampf

Die bürgerliche reaktionäre Presse hat sich seit Ende Februar 1929 um einen neuen Mitarbeiter, L. D. Trotzki, bereichert. Im „Daily Express“ (Organ Chamberlains und der Konservativen Partei in Großbritannien), im „New Herald and Tribune“, im „New York Times“ (Organe der amerikanischen Kapitalisten), in den ultrakonservativen holländischen Zeitungen „Algemeen Handelsblad“ und „Nieuwe Rotterdamse Courant“ sowie auch in anderen reaktionären bürgerlichen Organen, die von der amerikanischen Agentur „Consolidated Press“ bedient werden, erscheint eine Artikelserie von Trotzki, die er dieser Agentur für eine große Dollarsumme verkauft hat. Es versteht sich von selbst, daß dies bei der reaktionären Presse Triumphgeschrei hervorrief. Hat sich doch die reaktionäre Presse früher nicht einmal träumen lassen, daß bei ihr im Jahre 1929 kein anderer in der Eigenschaft eines Mitarbeiters erscheinen würde als „Mister Trotzki“, wie es unter dem Bild Trotzki's im „Daily Express“ vom 27. Februar 1929 geschrieben steht.

Ja, die Bourgeoisie hat Grund zur Freude. Eine Zeitlang wird der Name „Mister Trotzki“ als Köder für die Sensationssucht des von der bürgerlichen Presse verdummten Publikums dienen können. Und es lohnt sich, Trotzki einige tausend oder sogar zehntausend Dollar für seine Artikel auszusuchen, in denen er die Kommunistische Partei, die Sowjetmacht und die Kommunistische Internationale verleumdete.

In den letzten Jahren brachten unsere Klassenfeinde dem Schicksal Trotzki's, als des Führers der ehemaligen „Opposition“ und des Organisators einer sowjetfeindlichen illegalen Partei, außerordentliches Interesse entgegen. Die sozialdemokratische und die bürgerliche Presse hat jede Erfindung, jede verleumderische Erklärung Trotzki's, jeden seiner Ausfälle gegen die Partei, gegen deren Führung, gegen die Sowjetmacht, gegen die Komintern prompt aufgegriffen. Seine Artikel und Bücher wurden von der bürgerlichen Presse und den bürgerlichen Verlegern gern veröffentlicht, sie haben für sie gern Reklame gemacht, weil die „linke“ äußere Schminke seiner Schriften im Vergleich mit ihrem konterrevolutionären Gehalt, im Vergleich mit der objektiv konterrevolutionären Rolle, die diese Schriften in den Händen unserer Klassenfeinde spielen und spielen, gar nicht in die Waagschale fällt.

Der „Manchester Guardian“ (Organ der britischen Liberalen) schrieb am 13. Juni 1927, daß gegenwärtig „die Ideen der Sozialdemokraten und der kommunistischen Opposition einander immer ähnlicher werden“.

Im August 1927 schrieb der Sozialdemokrat Rosenfeld im „Populaire“, dem Organ der französischen „Sozialisten“, daß die Trotzkiisten den Zusammenbruch der bolschewistischen Diktatur und deren demokratische Liquidierung vorbereiteten.

Der jüngste Artikel Trotzki's vom 21. Oktober 1928 wurde von der gesamten bürgerlichen Presse abgedruckt und von freudestrahlenden Kommentaren begleitet: Endlich fordert auch Trotzki selbst zu Streiks gegen die Sowjetmacht auf, während solche Forderungen bisher von den Sozialdemokraten, von den Anhängern der bürgerlichen Demokratie ausgegangen wären. Diese Zeitungen konnten aber damals noch nicht einmal träumen, daß Trotzki zwei Monate später schon zu ihren Mitarbeitern gehören wird.

„Für den Trotzkiismus gibt es keinen Platz in der Sowjetunion“

Die konterrevolutionären Aufrufe Trotzki's und die sowjetfeindliche Tätigkeit der von ihm geschaffenen unterirdischen Organisation führten zur Ausweisung Trotzki's aus der Sowjetunion. Diese Maßnahme wurde nicht nur innerhalb der Partei sondern auch in den Reihen der parteilosen Arbeiter gebilligt. Die parteilosen Arbeitermassen sowie auch die Parteimitglieder schätzten die jüngste Tätigkeit der Trotzkiisten nach Gebühr ein, und wenn jemand noch überhaupt an der Zweckmäßigkeit der Verbannung Trotzki's zweifelte, so bezog sich dieser Zweifel nur darauf, ob Trotzki sich im Auslande nicht viel schädlicher für die Sowjetmacht erweisen wird, als er innerhalb der Sowjetunion gewesen ist. Keine einzige Fabrik, keine einzige Arbeitergruppe, keine einzige Parteizelle hat sich gegen diese Verbannung geäußert. Im Gegenteil: Diese Maßnahme fand in allen Beschlüssen, Resolutionen und Erklärungen vollständige Billigung.

In der Versammlung des „Roten Pufflow-Arbeiters“ schlugen die Kommunisten in Gemeinschaft mit den parteilosen Arbeitern der Regierung vor,

„auch weiterhin gegen jederlei Versuche der konterrevolutionären Trotzkiisten, unsere Sache zu stören, die strengsten Maßnahmen zu ergreifen. Für den Trotzkiismus, der eine klar ausgeprägte konterrevolutionäre Gruppe darstellt, gibt es keinen Platz in der Sowjetunion.“

Die Arbeiter, Seelente und Rotarmisten Sewastopols forderten in stark besuchten Versammlungen die Anwendung strenger Strafmaßnahmen gegen die Trotzkiisten.

Aus Iwanowo-Wosnessensk, Tula, Moskau und anderen großen Industriezentren trafen zahlreiche Resolutionen von Parteiversammlungen und öffentlichen Arbeiterversammlungen ein, die die von der Partei und der Sowjetmacht ergriffenen Maßnahmen gutheißten.

So sprachen die Arbeiter vor dem Auftreten Trotzki's in der reaktionären bürgerlichen Presse.

Was werden sie erst heute über Mister Trotzki sagen, nach seinem Auftreten in der reaktionären imperialistischen Presse Europas und Amerikas gegen die Sowjetunion?

Zu den Menschewiki heimgefunden

Anders verhielt sich die bürgerliche und sozialdemokratische Presse zur Mitteilung über die Ausweisung Trotzki's. Gab es auch keine vollständige Einmütigkeit unter ihnen in der Einschätzung der Rolle Trotzki's, so stimmten die meisten bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen doch darin miteinander überein, daß Trotzki heute anders in der kapitalistischen Welt wiedererscheint, als er sie im Jahr 1917 verlassen hatte, daß in der Gestalt Trotzki's ein Mensch in die kapitalistische Welt zurückkehrt, der zur Erschütterung, zur Schwächung der Sowjetunion beitragen wird; wenn dem aber so ist, so ist er ein willkommenes Gast. Es gab sehr wenige Zeitungen, die einen anderen Standpunkt vertraten.

Der Berliner „Vorwärts“ der boshafter als die anderen tollen Hunde der Bourgeoisie die Zähne fletscht, wenn es sich um die Sowjetunion handelt, schlug gegenüber Trotzki den gönnerhaftesten Ton an und verlangte, daß Trotzki die Einreise nach Deutschland genehmigt werde. Der bekannte Sozialdemokrat Rosenfeld, der in der Sowjetunion seinerzeit die

GORDON'S GIN

THE BARRINGTON GROUP

NO. 4994

WEDNESDAY, FEBRUARY 27, 1929


TROTSKY'S OWN STORY OF HIS EXILE

DRAMATIC REVELATIONS BY BANISHED REVOLUTIONARY.

HOW HE WAS RUSHED TO TURKEY

Bitter Attacks on Stalin, His Chief Enemy.

The Use of "Force" Over a "Rebellious" People.



AN HISTORIC DOCUMENT.

THE "Daily Express" publishes today the first instalment of Leon Trotsky's own story of his banishment from the Bolshevist Russia which he did so much to create. It is an historic document.

Daily Express

TODAY'S WEATHER: Very cold, sunny.

WEDNESDAY, FEBRUARY 27, 1929

TROTSKY'S OWN STORY OF HIS EXILE

DRAMATIC REVELATIONS BY BANISHED REVOLUTIONARY.

HOW HE WAS RUSHED TO TURKEY

THE BARRINGTON GROUP

... (text) ...

U.S. BID FOR "SIR" JAMES RETURNS.

WOMAN'S APPEAL IN THE "DAILY EXPRESS" SUCCEEDS.

LOVERS REUNITED.

DILEMMA OF 4,000 BRITISH FILM EXHIBITORS.

"QUOTA" THREAT.

NEW HOME INDUSTRY HELD UP.

By G. A. ATKINSON.

AN HISTORIC DOCUMENT.

rechten Sozialrevolutionäre vor dem Sowjetgericht verteidigte, erklärte im „Populaire“, daß die Trotzkiisten

„sich nicht mehr mit der Auslegung von Lenins Schriften unterhalten, sondern die letzten Grundlagen der bolschewistischen Diktatur angreifen, indem sie Pressefreiheit und Organisationsfreiheit, Lohnerhöhung und geheime Wahlen verlangen. . . Trotzki und seine Anhänger halten noch an gewissen utopischen Ideen aus dem Kriegskommunismus fest, von ihrer praktischen Propaganda kehrten sie aber zu den Losungen der russischen Menschewiki zurück und machen die ersten Schritte für die Demokratisierung des Regimes, ohne die der Bolschewismus in eine faschistische Konterrevolution entartet. Trotzki hat die marxistische Konzeption von Martow und Dan noch nicht erreicht, aber die Ergebnisse zwingen ihn bereits, die konkreten Losungen der russischen Menschewiki anzuwenden.“

So haben die Menschewiki aller Schattierungen ihren Standpunkt gegenüber dem Trotzkiismus und Trotzki geklärt: Wir begrüßen Trotzki, der einen Feldzug gegen die Kommunistische Partei, gegen die Komintern führt, der die Arbeiter der Sowjetunion zu Streiks auffordert, der seine „lebenswichtigen Parolen dem Programm der Sozialdemokraten entnimmt“, der die Grundlagen der proletarischen Diktatur untergräbt.

Wie soll man einen solchen seelenverwandten Menschen nicht willkommen heißen?

Auf diese Frage antwortet die sozialdemokratische Chemnitz „Volkstimme“ in einem Leitartikel unter dem Titel „Wofür kämpft Trotzki?“:

„Die Trotzki-Opposition mag noch so sehr überzeugt sein, die proletarische Diktatur stärken zu können, in Wirklichkeit ist auch sie Bahnbrecher der Demokratie. Die Konsequenz ist . . . der Rückzug zur Demokratie. Das ist das prinzipielle und entscheidende an Trotzki's Vorschlag. . . Das russische Proletariat kann seine Freiheit nur auf dem Boden der Demokratie erkämpfen.“

Die bürgerliche Presse schreibt in der gleichen Tonart. Hier fand die Rückkehr Trotzki's zu sozialdemokratischen Traditionen den lebhaftesten Widerhall, die lebhafteste Zustimmung.

Es ist begreiflich, daß die kommunistischen Arbeiter die Ausweisung Trotzki's anders einschätzen.

Die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien Frankreichs, Deutschlands und anderer kommunistischer Parteien billigten den Beschluß über die Ausweisung Trotzki's.

Trotzki ist in Konstantinopel am 12. Februar eingetroffen. Sein erster Schritt war eine Erklärung an Kemal Pascha:

„Seiner Exzellenz dem Herrn Präsidenten der türkischen Republik!

Vor den Toren Konstantinopels habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß ich — nicht aus freien Stücken — an der türkischen Grenze ankam, und daß ich diese Grenze nur unter dem Zwang der Gewalt überschreite. Geruhem Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner Verehrung entgegenzunehmen.

12. Februar 1929.

N. Trotzki.“

Noch am 12. Februar erklärte Trotzki in einer Unterredung mit dem Polizeichef, daß der Satz über die Gewalt sich nicht auf die türkischen, sondern auf die Sowjetbehörden bezieht.

Der erste Schritt Trotzki's in einem kapitalistischen Lande war also eine Beschimpfung der Sowjetunion und der Ausdruck der Verehrung an den Präsidenten der türkischen Republik. Wir wundern uns darüber nicht. Warum schämt sich aber Trotzki, diesen Brief vollinhaltlich anzuführen, wenn er ihm im „Daily Express“ veröffentlicht, nachdem er im voraus den Vorbehalt machte: „Mein Ziel ist nicht die Propaganda, sondern einzig und allein die Wahrheit.“ Schämt er sich etwa vor seinen Gesinnungsgenossen? Trotzki führt diesen seinen ersten Brief ohne den Ausdruck der Verehrung an, einfach so:

„Sir, ich erkläre Ihnen formell, daß ich nicht aus freien Stücken Ihr Gebiet betrat. — Ich weiche nur der Gewalt.“

Die Wahrheit ist also eine trotzkiistische, verwässerte, vom ersten bis zum letzten Schritt irreführende Renegatenwahrheit.

Trotzki verkauft sich an die Bourgeoisie

Es ist selbstverständlich, daß die Agenten der bürgerlichen Presse sich sofort auf diesen Köder gestürzt haben. Der Vertreter der amerikanischen „United Press“ teilte Trotzki mit, daß diese bürgerliche Preßorganisation die Telegramme

Trotzki's über Fragen, die die bürgerliche öffentliche Meinung Europas und Amerikas interessieren, sehr hoch einschätze. Und sofort begann der Kuhhandel, bel dem die Vertreter der bürgerlichen Preßsyndikate ihm die Bedingung stellten: „Jede revolutionäre Propaganda zu vermeiden und auf jedes Interview und auf jeden Artikel in anderen Zeitungen während eines Monats zu verzichten.“ Auf jeden Fall wurden ihm von Anfang an für die ersten Artikel nicht weniger als 5000 Dollar angeboten, man teilte ihm mit, daß um das Veröffentlichungsrecht seiner Artikel solch ehrbare Organe wie die schmutzige gelbe „Daily Mail“ (die Briten selbst nennen diese Zeitung oft „Daily Lie“, „tägliche Lüge“) streiten, daß das Recht für Skandinavien zu hohem Preise verkauft worden sei, daß die türkische Banque Ottomane bereit sei, ihm das Honorar für seine Artikel flüssig zu machen. Wir wissen nicht, worin Trotzki mit den Agenten der bürgerlichen Presse übereingekommen ist. Nach einigen Angaben wurden ihm für seine Artikel mehr als 10000 Dollar, nach anderen Angaben etwa 25000 Dollar ausgezahlt. Uns interessiert das nicht. Als der verstorbene Joffe sich über die Partei beklagte, weil sie ihm nicht gestattet hatte, seine Memoiren bei bürgerlichen Verlagen herauszugeben, die ihm dafür gutes Honorar versprochen, so rief das ein Gefühl des Ekels hervor. Allerdings ist Joffe ein Toter, der es vor seinem Tode schrieb. Hier kuhhandelt aber ein lebender politischer Leichnam, ein lebender Renegat, über den Preis, für den er bereit ist, seine Verleumdungen gegen die Kommunistische Partei, gegen deren Führer, gegen die Sowjetmacht zu verkaufen.

Jeder hat das Recht, zu fragen: Seit wann und aus welchem Anlaß ist die bürgerliche imperialistische Presse zu einer freien Tribune für diejenigen geworden, die sich für ehrliche Leninisten ausgeben? Und wenn diese „Wahrheit“, die heute in den Spalten des „Daily Express“, der „New York Times“, des „New York Herald“, der holländischen und anderer reaktionärer Organe ausgesprochen wird, mit dem Gold der Bourgeoisie bezahlt wird, so wird jeder Arbeiter begreifen, daß diese „Wahrheit“ für die Bourgeoisie vorteilhaft ist, sonst würde sie sie doch nicht bezahlen. Möge Trotzki erklären, daß sein Ziel nicht die Propaganda, sondern einzig und allein die Wahrheit sei — jeder, der weiß, daß man Trotzki die Bedingung stellte, „jede revolutionäre Propaganda zu vermeiden“, wird die Bedeutung der Worte Trotzki's, daß sein Ziel nicht die Propaganda sei, gebührend einschätzen können.

Und ist es nicht seltsam, daß die gleichen britischen Bourgeois Zehntausende von Dollar für „Propaganda“ an Trotzki zahlen, die den Bruch mit der Sowjetunion gerade wegen der „Propaganda“ organisierten? Ist es denn nicht klar, daß die Propaganda des Mister Trotzki wie Himmel und Erde von jener „Propaganda“ entfernt ist, für die die Kommunisten in allen Ländern des kapitalistischen Europa und in Amerika verhaftet oder erschossen werden.

Im Dienste der Konterrevolution

In Wirklichkeit betreibt Trotzki in seinen Artikeln Propaganda gegen die Sowjetunion, gegen die Kommunistische Partei, gegen die Kommunistische Internationale. Dafür eben zahlen ihm die Geldsäcke Großbritanniens und Amerikas.

Wir wollen uns in keine Polemik mit Mister Trotzki einlassen. Wir weisen nur auf jene Geschwindigkeit hin, mit der Trotzki seine Evolution, seine Rückkehr zur Futterkrippe seiner neuen Herren durchmacht.

Trotzki erklärt:

„Unsere Methode ist die Methode Inherer Reformen. Ich benutze die Gelegenheit, das der ganzen Welt zu erklären, um, soweit es möglich ist, die Interessen der Sowjets zu wahren. Wie groß auch die Schwierigkeiten der Sowjetrepublik sein mögen, die nicht nur aus objektiven Verhältnissen sondern auch aus der fruchtlosen Politik der Schwankungen entspringen, so sind diejenigen, die einen baldigen Sturz des Regimes erwarten, zu einer neuen grausamen Enttäuschung verurteilt.“

Uns scheint, daß Mister Trotzki ein Plagiat auf Kosten des Mister Boothby, des Unterstaatssekretärs Churchills, beging, der unlängst in der Presse buchstäblich das gleiche erklärt hatte, daß man nicht einen baldigen Sturz des Sowjetregimes erhoffen könne. Wie man sieht, ist Trotzki in der Frage der Perspektiven der Weltrevolution, deren Basis das „Sowjetregime“ ist, mit Mister Boothby vollkommen einverstanden. Und wenn der „Kommunismus“ Trotzki nicht über die Behauptungen des konservativen Ministers Boothby hinausgeht, ist es dann nicht klar, daß Mister Trotzki und Mister Boothby vollständig darüber einig sind, daß man immerhin mit einem, wenn auch nicht baldigen, aber auch nicht sehr weit entfernten Sturz des Sowjetregimes rechnen könne. Ist dem nicht so, Mister Trotzki?

Jetzt ist es bereits klar, wofür ihm die Bourgeoisie zehntausende Dollars zahlt.

E. Jaroslowski (Moskau).

Breslau

Ein neuer Mord?

Am 29. März wurde von Kindern in dem Mühlteich, welcher am Nordausgang in Weide bei Hünern, jenseits der Weidebrücke, etwa zwanzig Meter westlich der Chaussee Breslau-Trobnitz liegt, der aus dem Wasser herausragende Rücken eines Menschen bemerkt. Es wurden der Amtsbootsführer und der Landfänger benachrichtigt, die die Bergung der Leiche veranlassten. Es handelt sich um eine stark in Verwesung übergegangene männliche Person. Der Kopf wies mehrere schwere Schädelverletzungen auf. Unter anderem war die Stirn vollständig eingedringt. — Der Totkörper ist 1,80 Meter groß, hat volles Gesicht, dunkle Haare, in mittleren Jahren. Er trug einen schwarzen Jadelanzug, schwarze Schuhe, welches Planelhemd mit blauen Streifen, weiße Tritontücher. Im Besitze des Toten befand sich ein weißes Taschentuch, Braunlinier, mit grünen Mandarinen. In der rechten Hosentasche hatte er zwei Fahrradspangen. Sonst hatte er keinerlei Wertgegenstände, noch Briefschaften bei sich, so daß seine Persönlichkeit nicht festzustellen war. Ein Zeuge aus Weide berichtet, daß er am 18. November 1928 eine Schlei- und Blaupapierfabrik der Chaussee bis zu dem in Betracht kommenden Tümpel gesehen hat; er habe es jedoch unterlassen, seine Wahrnehmungen zu melden.

Standalöbe Ausbeutung

Sonderbare Methoden übt die Molkerer Emil Kestle im Abrechnungsbüro mit ihren Kunden. So wird uns ein Fall bekannt, wo ein Rutscher und seine Ehefrau täglich in übergehobener Arbeitszeit für den Betrieb tätig waren. Beide erhielten dafür zusammen den fälligen Lohn von 80 Mark die Woche, und außerdem noch zwei Prozent vom Umsatz, d. h. das sollten sie erhalten; aber dazu kam es nicht, weil noch eine Bestimmung vereinbart wurde, wonach 20 Prozent der Kunden von den Bezügen des Ehepaars abgezogen werden sollten. Und liegen die Abrechnungen von drei aufeinander folgenden Wochen vor, aus denen hervorgeht, daß der Rutscher für seine Arbeit und die seiner Ehefrau in einer Woche 17,15 Mark herausbekam, während er in den beiden neuen Wochen nicht nur nichts erhielt, sondern sogar noch einmal 0,15 Mark und das andere Mal sogar 2,04 Mark an seinen Arbeitgeber zahlen mußte. Hier ist also der Mittelpunkt der Ausbeutung erreicht: Der Arbeiter kriegt nicht nur keinen Lohn für seine Arbeit, sondern er muß noch bezahlen, weil man ihm und seiner Ehefrau guttun gestattet, täglich zehn Stunden zu arbeiten. Das sind Methoden, gegen die selbst diejenigen des höchsten Schutzes, Königs Wata in der Schatzen gestellt werden. Dieser Arbeitgeber bringt es fertig, sich von seinen Angestellten die Schulden seiner Kunden bezahlen zu lassen. Das ist wirklich ein bisher unerreichter Rekord auf dem Gebiet der Ausbeutung.

Der dritte Rattener Postträger ermittelt

Wie bereits berichtet, wurde am 4. Februar der Geldschrank-eindrehener Soyle festgenommen. In seiner Begleitung befand sich ein gewisser Wilhelm Grlach aus Breslau, der ebenfalls in Haft genommen wurde. Grlach leugnete zunächst, an den von Soyle und in einem in Wotrop i. Westfalen am 28. Januar festgenommenen Mittäter Johann Gaertel beteiligten Verbrechen, insbesondere Geldschrank-eindrehen, teilgenommen zu haben. Im Laufe der Ermittlungen ergaben jedoch gegen Grlach, der in seinem Leugnen von Soyle und Gaertel unterstützt wurde, schwerwiegende Verdachtsgründe. An Hand des herbeigeschafften Beweismaterials hat nun Grlach ein Geständnis abgelegt. Er hat seine Beteiligung an dem Postraub in Rattener in der Nacht zum 30. Dezember 1928 sowie die an den verurteilten Geldschrank-eindrehen in das Hauptpostamt und die Postbestellstelle in Wotrop in Westfalen zugegeben. — Soyle und Gaertel konnten bis jetzt 40 Einbruchsdiebstähle in den Provinzen Nieder- und Oberschlesien und in Westfalen nachgewiesen werden.

Stundung von Hauszinssteueranteilen

Der Magistrat schreibt uns: Die im Steuerjahre 1928 (1. April 1928 bis 31. März 1929) mit dem Ziele der Niederschlagung bewilligten Stundungen der auf die Wohnungen minderbemittelter Mieter entfallenden Hauszinssteueranteile sind mit Ende März 1929 abgelaufen. Soweit die Voraussetzungen für solche Stundungen nach dem 1. April 1929 noch fort-

bestehen, müssen die Mieter die Hauszinssteuer zu neuen Stundungsanträgen veranlassen.

Die Steuerstellen geben hierzu Vorbrude aus:
1. für alle zahlungsunfähigen Mieter, die vom Wohlfahrtsamt nicht betreut werden,
2. für die vom Wohlfahrtsamt Betreuten, soweit sie untervermietet haben (aber ausschließlich der Kriegsgeschädigten, Kriegshinterbliebenen und der ihnen Gleichgestellten),
3. für die Erwerbslosen, die keine Zusatzerstattung vom Wohlfahrtsamt erhalten.
Die Vorbrude können in den Steuerstellen vom 2. April 1929 ab in der Zeit von 8 bis 10 Uhr in Empfang genommen werden. Erwerbslose haben bei Abholung des Vorbrudes die Meldebarte des öffentlichen Arbeitsnachweises vorzulegen.
Die Kreisstellen des Wohlfahrtsamtes stellen hierzu Mittellosigkeitsbescheinigungen aus, und zwar für die vom Wohlfahrtsamte Betreuten, soweit sie nicht untervermietet haben, für die Kriegsgeschädigten, Kriegshinterbliebenen und die diesen Gleichgestellten. Zur Vermehrung zu starken Andranges sollen sich die Mieter in den Kreisstellen des Wohlfahrtsamtes in folgenden Gruppen einfinden:
Mieter, deren Familienname beginnt mit den Buchstaben A bis F in der Woche vom 2. bis 6. April, den Buchstaben G bis J in der Woche vom 8. bis 12. April, den Buchstaben K bis M in der Woche vom 15. bis 20. April, den Buchstaben N bis S (ohne Sch) in der Woche vom 22. bis 27. April, den Buchstaben Sch bis Z in der Woche vom 29. April bis 4. Mai 1929.

Als zur Vereinfachung der Hauszinssteuerstundungen empfehlen wir, soweit die Voraussetzungen für eine Stundung noch vorliegen, vorbehaltlich späterer Verrechnung, auch im April die gefällige Miete zum demselben Betrag zu kürzen, der als Hauszinssteueranteil für den Monat März gekündet worden war.

Sodern der Hauszinssteueranteil auf Grund des erneuerten Antrages in unveränderter Höhe weiter gekündet wird, wird hieron — wie im Vorjahre — nur der Hauseigentümer benachrichtigt werden. Der Mieter erhält nur dann eine besondere Mitteilung, wenn die Stundung aufgehoben oder erstmalig bewilligt oder abgelehnt wird.

Ein Goldwarengeschäft ausgeraubt

Geßhau am Tator

In der Nacht zum Ostermontag plünderten Einbrecher das Goldwarengeschäft Albert Müllers in der Kupferstraße. Durch ein in den Fußboden geklemmtes Loch waren die Diebe vom Keller aus in den Laden gedrungen. Mit erstaunlicher Ruhe und Sicherheit mußten sie ihr Werk vollführt haben, denn sie schienen, nachdem sie alle Wertgegenstände — etwa 200 goldene Uhren, 190 Trauringe und circa 600 Ketten — einzeln von den Sandbehältern gelöst und verpackt hatten, noch einen Geßhau am Tator veranlassen zu haben. Eine angebrochene Weinflasche, Reste von Wurstwaren und Schokolade wurden noch auf dem Ladentisch vorgefunden. Der Wert der gekohlenen Sachen dürfte sich auf 20—30 000 Mark belaufen.

Autounfall des Prof. Turnau

Der Generalintendant der Breslauer Oper, Professor Turnau, hat mit seinem Wagen auf der Straße Breslau — Hobten einen Unfall erlitten. Außer Herrn Turnau, der selbst am Steuer saß, waren im Wagen die Opernsängerin Frau Suchy, der Regisseur Dr. Graf und der Chauffeur. Das Besondere Professor Turnaus ist nach glatt verlaufener Operation zufriedenstellend. Dr. Graf hat, neben seinen schweren Schnittwunden, innere Verletzungen erlitten, die eine längere, sorgfältige Beobachtung erforderlich machen werden. Der Zustand der Frau Suchy ist nicht unbedenklich. Der Chauffeur erlitt einen Handgelenksbruch und kleinere, unbedeutende Verletzungen.

Stadtrat a. D. Zigner gestorben

Am 28. März ist der Stadtmaurermeister und frühere unbesoldete Stadtrat Gustav Zigner im 61. Lebensjahre gestorben. Zigner hat von 1914 bis 1919 dem Magistratskollegium angehört. Der Verstorbene hat folgende Degernate bewaltet: Kaufsachen der Friedhöfe, der Güter und Forsten sowie der Riefelgüter, das Degernat der Marktverwaltung, des Grundeigentums und der Baubefehle und endlich das Verwaltungs- und Rodegernat für Bäder und Schulpark.

Fahrtartenbetrügerien in Breslau

Die Betrübgerien mit gefälschten Fahrkarten, die voriges Jahr in der Deftlichkeit großes Aufsehen erregt hatten, sind nunmehr restlos aufgeklärt worden. Das Haupt der Fälscherbande ist der Kaufmann Robert Schernig, der sich seit Juli vorigen Jahres wegen dieser Straftaten in Untersuchungshaft befindet. Am Frei-

tag sind nunmehr die übrigen Täter festgenommen worden und haben zum Teil Geständnisse abgelegt. Auch der Bahnsteigwächter, der auf dem Breslauer Hauptbahnhof die Fahrkarten an der Bahnsteigperre entwendet hatte, wurde festgenommen. Nach dem vorliegenden Geständnisse hat der Bahnsteigwächter die Fahrkarten Schernig persönlich übergeben, was gewöhnlich um die Mitternachtsstunde geschah, oder aber in Briefumschlägen, die Schernig zurechtgemacht hatte, mit Flugpost oder als Einschreiben an den jeweiligen Aufreißer des Schernig nachgeliefert. Dort hat Schernig die Fahrkarten gefälscht und dann rellamiert.

Freitod im Stenhaus

Der 68jährige Fabrikarbeiter Karl Nagoby verübte im Claassen'schen Stenhaus Selbstmord, indem er sich aus dem ersten Stock auf die Straße stürzte. Er war sofort tot. Nagoby litt unter heftigen Depressionen und war topflehnd.

Aus Kleinschau entwichen. Heute morgen 4 Uhr ist aus dem Strafgefängnis Kleinschau der wegen Minderberühens zu drei Jahren Gefängnis verurteilte frühere stud. Ing. v. Kerschmal entwichen. Er hat die Gitterstäbe seiner Zelle durchgehrt und ist unter Zuhilfenahme eines aus Bettlaken gedrehten Seiles entkommen.

Selbstmord auf dem Friedhof. Selbstmord durch Erhängen verübte der Kraftfahrzeugführer P. M., 61 Jahre alt, in der Ausstellungshalle des Döwitzer Friedhofs.

Von der Straßenbahn angefahren. Am Sonnabend gegen 22.30 Uhr wurde an der Ecke Friedrich-Wilhelm- und Döwitzer Straße ein Mann von einem Wagen der Linie 6 erfasst und belästigt. Er lag bewegungslos auf der Straße liegen. Nach der Behandlung von Augenzeugen triff den Wagenführer keine Schuld, da der Verunglückte, der angetrunken war, auf der Straße entlang torierte und plötzlich in den Straßenbahnwagen hineinkam.

Städtische Sparkasse. Wie uns die Städtische Sparkasse zu Breslau mitteilt, sind die 75 Millionen Mark Spareinlagen am 20. März 1929 erreicht worden.

Verstirbt wird seit dem 27. März der Oberreichshäuser Will Menke, geb. 15. Mai 1915 zu Breslau, Binzengstraße 53, bei den Eltern wohnhaft gewesen.

Straßenperrungen. Wegen Umpflasterung und Verbreiterung wird die Kreuzung Bären — Pöpelwitzstraße vom 26. März bis 3. April für Fahrzeuge aller Art halbseitig gesperrt.

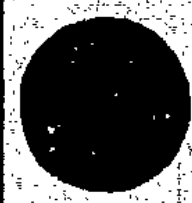
Wegen Ausführung von Kanalbauarbeiten wird die Kreuzung Matthiasstraße — Lutstraße vom 2. bis 23. April für Fahrzeuge aller Art halbseitig gesperrt.

Aus demselben Grunde wird die Steinauer Straße von der Glogauer bis zur Grünberger Straße vom 26. März bis 10. April für Fahrzeuge aller Art ganz gesperrt.

Desgleichen noch halbseitig die Döwitzer Straße (Südseite) vom Grundstück Nr. 38 bis zur Industriestraße, vom 2. bis 28. April.

Wichtig! Kommunalpolitische Gemeindevertreter! Rat und Aukunft

In allen kommunalpolitischen Angelegenheiten erteilt die kommunalpolitische Abteilung der SPD. Bezirksleitung Schlesien, Aufschreiben an Stadtrat Hermann Ammon, Breslau 3, Berliner Platz 3.



Erwerbslose

verlangt überall die am Donnerstag erscheinende

Erwerbslosen-Ausgabe der „A.-Z.“

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
Kriegs- Dienstag, den 2. April, um 19.30 Uhr allgemeine Besprechung im „Kriegs- und Arbeiterklub“. Besprechung des Arbeitsplans für April. Alle Besprechungsteilnehmer müssen erscheinen. SPD, KPD, KFD, und KFD.
- Kriegs Frontkämpfer-Bund**
Breslau
— Abt. 2. Dienstag, den 2. April, Kameradschaftsabend bei Melis, Uferstraße. Erscheinen ist Pflicht.
— Abt. 2. Mittwoch 19 bis 21 Uhr Kapelle Musikabends bei Melis, Uferstraße. Erscheinen aller ist Pflicht.
— Abt. 6. Mittwoch 20 Uhr Kameradschaftsabend bei Janke, alle müssen erscheinen und Karten abrechnen.
- Kriegs Frauen- und Mädchenbund**
Breslau
— Dienstag 19 Uhr pünktlich im Büro, Freiheitsgasse 2, Versammlung. Gäste willkommen.

BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG

Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by Dreifachverlag, Kudostr. 12.

Die Postgäste waren nach dem Abendbrot nach in irgendwelche Streifenverammlung gegangen, so daß die würdigen Wirkleute Zeit und Muße hatten, die Folgen des Generalstreiks für ihr Geschäft zu überschlagen. Wenn am nächsten Tag noch gestreikt wurde, dann gab es keinen Lohn. Dann blieben die Leute auch das Postgeld schuldig, das war nun so sicher wie das Amen in St. Rochus. Aus diesem Anlaß wünschten Schapulla die Kaputt zu allen Teufeln. Vor einer Stunde hatte ein Junge einen Brief „an Herrn Schapulla persönlich“ abgegeben. Eine Aufforderung von der Einwohnerwehr, am Abend aufs Rathaus zur Wachpostenabteilung zu kommen. Herr Schapulla lachte häßlich. Die kamen ihm jetzt gerade recht! Sich die Nacht um die Ohren schlagen, womöglich noch die Knochen kaputt schlagen lassen, sich mit seinen Mietern verfeinden? — Die Herren vom Wehrvorstand konnten ihn gern haben. Möchten sie, die den Mund so voll nationaler Phrasen nahmen, selber ansprechen, was sie einbroden hatten. Er, Martin Schapulla, hielt sich neutral.

Das Erscheinen seines molligsten Herrn gab ihm Gelegenheit, sein Herz auszusprechen. Seine Frau setzte sich hinzu, hielt sie doch die Stunde für günstig, jetzt mit ihren Klängen betriebs des Schapulla'schen Stammhalters herauszurufen. Raum aber hatte sie mit ihren Klagen über die geschlossenen Schulen begonnen, als die Tür etwas unansehnlich aufgerissen wurde und eine Taschenlampe die im Halbdunkel Sitzenden blendete.
„Laßt doch die dumme Lampe weg“, rief Frau Schapulla unwillig in der Meinung, ihre Gäste seien nach Hause gekommen.
„Jesus, Maria und Joseph!“
Im Zimmer standen vier fremde Männer, von denen der eine in seiner Rechten einen blanken Revolver hielt.
„Bleiben Sie ruhig, wir kommen nur wegen der Waffen“, sagte eine rauhe Stimme. „Im Namen des Sicherheitsausschusses: Geben Sie sofort das Gewehr, Danzig 4211“ und die fünfzig Patronen heraus, sonst müssen wir Hausdurchsuchung halten. Und machen Sie keine Fijimatenten, die Ausgänge sind alle besetzt!“
Schapulla blickte die Fremden blaß und mit offenem Munde an.

Der Führer mochte das als Weigerung auffassen, denn er gab seinen Leuten einen Wink.
„Was denn also, Zimmer für Zimmer nachgehen, und wo euch kein Einlaß gegeben wird, die Tür aufbrechen!“
Jetzt bekam Frau Schapulla die Sprache wieder. Was, sie sollte die fremden Kerle in ihrem Hause rumlaufen lassen, bloß wegen des dämlichen Schießens, das ihnen gar nicht mal gehörte? Wer erjeste ihnen, wenn dabei auch noch andere Sachen fortliefen?
„Warten Sie nur einen Augenblick, meine Herren, ich hole Ihnen gleich das Ding. Und den Browning von meinem Mann können Sie auch gleich mitnehmen. Wir brauchen keine Waffen. Wir sind auch nur arme Leute, uns nimmt keiner nichts weg!“ — Martin, ich doch nicht so düssig da, hole den Herren ein paar Flaschen, Dortmunder. Wir haben zwar auch nichts übrig, aber ein paar Flaschen Bier für die Herren vom Ausschuss sind immer noch da. Für das Soziale sind wir schon immer gewesen — bei uns wohnen alles nur soziale Arbeiter!“

Während Frau Schapulla in Begleitung zweier Arbeiter die Waffen holen ging, tranken die anderen ihre Bierflaschen aus. Dabei ließ der Sprecher seinen Revolver nicht aus der Hand, während der andere, in dem Sufrow ein Schmelzer des Stahlwerts erkannte, die rechte Faust drohend in der Jackettasche hielt.
„Kannst ruhig die Hand vom Revolver lassen, hier tut euch keiner was“, sagte er, ihm auf die Schulter klopfend.

Der Arbeiter zeigte seine blanke Faust: „Das hier sind unsere Waffen, und damit haben wir bis jetzt feindmünderig Gewehre, achtzehn Pistolen, drei Revolver, sieben Jagdflinten und eine ganze Menge Seitengewehre und Degen eingelauft. Ja, Adernann, da haunste! — Hier ist unsere letzte Station, darum kann ich es ja sagen.“
„Alle Wetter! Aber euer Führer hat doch einen Revolver“, sagte der junge Mann. — Der andere grinste. „Den schenk ich dir — der hat keinen Haarl.“
Frau Schapulla schloß hinter den unheimlichen Gästen schnell alle Türen ab. „Gott sei Dank, daß die Schießerei aus dem Hause sind. So lange ich lebe, kommt mir so was nicht wieder über die Schwelle“, sagte sie aufatmend zu ihrem kleinlauten Geliebten.
Sufrow konnte an diesem Abend keinen Schlaf finden. Zu viele Ereignisse wirbelten in seinem Kopf durcheinander. Auch auf der sonst um diese Zeit stillen Straße herrschte noch ein ungewöhnliches Leben: Schritte, Stimmengemurmel und unverständliche Zurufe. Unruhige Hebelte er sich schließlich wieder an. Auf dem Hausflur trat

er mit Frau Schapulla zusammen. „Jesse, sind das Zellen! Von meinen ganzen Leuten ist noch keiner nach Hause gekommen. Jetzt wollen sie die Lindenburg stürmen und die Verbrecher frei lassen“, jammerte die Witwe.
Sufrow wurde, als er laum die Haustür hinter sich zugewinkt hatte, von den in losen Gruppen vorbeiströmenden Leuten mit fortgerissen. — „Jetzt holen wir unseren Köbes heraus, und wenn er hinter zehn Türen sitzt“, hörte er sagen.
Vor dem Gefängnisportal am Ende der Flingerstraße haufen sich die Massen. In der Dunkelheit sah man drohende Häupte und Gewehrläufe. Gebieterische Rufe erschallten, dazu dumpfes Dröhnen an die geschlossenen Torflügel. Plötzlich lautes Jubelgeschrei! Jemand im Dunkel eine Ansprache, deren Sinn der Wind verwehte. Dann brausenbes Hoch! Hoch! Hoch! — Mehrere Männer wurden im Triumph auf den Schultern davongetragen. Jacob Weising, der beliebte Führer der Bergarbeiter-Union, hatte die Freiheit zurück. —

10. Kapitel

Ein vollendeter Generalstreik — wenn nicht nur alle Betriebs- und Verkehrsmittel ruhen, sondern auch keine Zeitung erscheint, die Post ausbleibt, Theater und große Geschäfte geschlossen werden, Licht- und Wasserzufuhr abgestellt werden — verändert schon rein äußerlich das Gesicht einer Stadt. Wieviel mehr aber erst im Industriegebiet, wo es in den Wänden ständig knistert und knackt von der Arbeit der vielen tausend unterirdischen Maulwürfe, die ihre Gänge kreuz und quer unter der Erde wühlen.

Die Schwerttupfer Schloße hatten ihr (Kauzspelen eingestellt, und Sturm und Regen der Nacht hatten ein Übriges zur Luftreinigung getan, so daß ein strahlend heller Frühlingmorgen dem ersten Tag nach dem Kapp-Putsch folgte.

Es war ein Sonntag, und wie gewöhnlich himmelten seit früh sechs Uhr die Gloden. Die Stellvertreter Gottes waren die einzigen, die den Generalstreik ignorierten. Aber die Mehrzahl der kirchlichen Besucher lag es heute in die Straßensäle, zum Volkshaus und auf die Straßen der inneren Stadt, wo neue Nachrichten vom Stand der Bewegung zu erwarten waren. Während die Hausfrauen die sonst einen ewigen Kleinkrieg mit den Außerirdischen führten, schnell frische Gardinen an die Fenster setzten, trafen sich die Männer mit Kollegen und Bekannten.

(Schluß folgt)

Waldenburger Bergland

Ein streammer Katholik, und doch . . .

Wir erhalten aus Waldenburg-Altwasser folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

Bei dem Kaufmann Friedrich Kloss, Stadtverordneter a. D., Gemeindefeldsekretär a. D., streammer Katholik a. D., war ein Fräulein Hoffmann in Waldenburg zur Aushilfe beschäftigt. Fräulein Hoffmann war dort gut angesehen, und deshalb haben Herr Kloss, seine Frau und andere Familienmitglieder kein Bedenken gehabt, sich in ihrem Album zu verewigen. Nach einiger Zeit war Fräulein Hoffmann in anderen Umständen und gab Herrn Kloss als Vater an. In ihrer Ansprache geltend zu machen, ging sie mit ihrem Vater zu Kloss. Dieser erwiderte: „Habe ich Sie mit Gewalt gebraucht?“ Das hatte ja niemand behauptet. Aber behauptet wurde, daß Kloss der Vater sei. Nun zeigte Herr Kloss seine „christliche Nächstenliebe“. Er bedrohte das Mädchen, sprang auf es zu und packte es am Hals. Nur durch das Dazwischentreten des Vaters konnte weiteres verhindert werden. Nun wurde die Sache gerichtlich ausgetragen. Herr Kloss wurde zur Zahlung von Unterhaltsgeld verurteilt. Gegen dieses Urteil legte er Berufung ein, verstand die Sache in die Länge zu ziehen und ließ sie sogar den Eid. Da aber Fräulein Hoffmann ebenfalls den Eid geleistet hatte, daß Kloss der Vater des Kindes sei, wurde sie unter Anklage des Falleschleides gestellt. Der Herr Staatsanwalt hatte vier Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht aber sprach Fräulein Hoffmann frei. Nun wurde der Spiegel umgedreht. Gegen Kloss wurde ein Meineidsverfahren eingeleitet. Ein Jahr lang hat es gedauert, und das Unmögliche wurde möglich: Das Verfahren gegen Herrn Kloss wurde eingestellt.

Da das Kind (ein Knabe) schon dreieinhalb Jahre alt ist und somit seinen Vater hat, so ist dieses ein Wunder, welches andere Wunder in den Schätzen stellt, wie z. B. Theresia von Konnerbreuth oder Paul Diebel aus Hermsdorf. Das wäre ein Bestätigungsfeld für die Wissenschaft, ob es möglich ist, daß ein Kind ohne Vater das Licht der Welt erblickt. Hier muß eine Klärung vom Gericht geschaffen werden. Entweder das Mädchen oder Kloss, eines von beiden muß einen Meineid geleistet haben.

Fräulein Hoffmann, die in allen Terminen und Verhören die be-

stimmteste Aussage gemacht hat, scheint uns nicht die Schuldige zu sein. Auch hoffen wir, daß der Herr Staatsanwalt nochmals prüft, wer die Unwahrheit gesagt hat.

Es muß ja auch sein. Denn sonst könnte in Zukunft jeder Mann, der als Vater bezeugt wird, den Eid leisten, er sei nicht der Vater. Trotz Gegenred der Mutter müßte er freikommen, genau so wie Herr Kloss. Oder sollten wir uns irren? Aber Ausnahmegeetze für Herrn Kloss können doch nicht bestehen?

Nachbemerkung der Redaktion. Wir hatten Gelegenheit, Einsicht in verschiedene Aktenstücke und auch alle Zeitungsnummern zu nehmen. Dabei konnten wir uns überzeugen, daß die Angaben der Zuschrift durchaus nicht übertrieben sind. Wir können uns deshalb des Eindruckes nicht erwehren, daß bei dem Freispruch des Herrn Kloss bzw. der Einstellung des gegen ihn eingeleiteten Verfahrens seine Kirchenämter eine bestimmte Rolle gespielt haben. Hier hat die sonst so rührige Justizpresse alle einmal eine dankbare Gelegenheit, Licht ins Dunkel zu bringen. Ob sie es tun wird? Wir bezweifeln es!

Nieder-Salzbrenn. Alle Parteigenossen kommen heute Dienstag 19 Uhr in den „Viehkrug“ zur Zellengrupperversammlung. (Wilt für Nieder-, Ober-Salzbrenn, Sandberg und Seitendorf.)

Schweidnitz

Eine „neine“ Firma scheint das Aaron-Bert zu sein. Sie klagt über Geld- und Auftragsmangel, aber die Herren Direktoren sind in der Lage, große Reisen zu machen, und auch zu Baugewerken ist Geld vorhanden. Dabei muß der frühere Speiseraum als Bauplatz herhalten. An einen Erfolg denkt die Firma nicht. Kurz entschlossen legt sie die Tische und Bänke in den Hof. Dort können bei Wind und Regen die Kollegen ihre Margarinstullen verzehren. Wir fordern die sofortige Beseitigung dieses Mißstandes!

Niederschlesien

Görlitz

Werbeveranstaltung der Roten Jungfront

Am überfüllten Saale des Gasthofes „Zur Alstadt“ fand am Donnerstag der Werbeabend der Roten Jungfront Görlitz statt. Viele junge Arbeiter waren dem Rufe der Roten Jungfront gefolgt und verfolgten mit Begeisterung die Darbietungen der Randolinengruppe des F.F. Geiang, Rezitationen, Vorträge aus den Tagen des Kampfes, die in der Sprache der Arbeiterklasse geschrieben sind. Nach der Pause hielt Junggenosse Senfleben die Ansprache. Die anwesenden Arbeiter folgten den Ausführungen mit sichtlichem Interesse. Großer Beifall wurde dem Referenten zuteil, welcher seine Rede mit den Worten schloß: „Jungarbeiter, Mann für Mann, schließt euch der Roten Jungfront an!“ Ein fünfteiliges Theaterstück, genannt „Die Bombe“, bildete den Schluß des Abends. — Einige Neuankömmlinge konnten gemacht werden. Wir als Rote Jungfront rufen den jungen Arbeitern, welche uns noch fernsehen, zu: Hinein in die rote Klassenfront, werdet Mitglieder der Roten Jungfront!

Krieg in der deutschen „Friedensgesellschaft“

„Der größte deutsche Volkserzieher spricht am 28. März im Konzerthaus“ — so konnte man lesen in der hiesigen Völkervereinigung. Hierüber war auch der größte Volkserzieher, aber nur, was seine körperliche Größe anbelangt. Ein zweihundertjähriges Referat wurde gehalten, das nichts als sehr langweilige Phrasen enthielt. Das einzige, was in seinem Referat jachlichen Wert hatte, waren die Angaben über die Aufrüstung des deutschen Imperialismus. Er versäumte es aber, mitzuteilen, daß seine sozialdemokratischen Parteifreunde bei dieser Aufrüstung sehr aktiv mitwirken. (Das ist übrigens die einzige Aktivität, die bei der SPD noch zu hören ist.) Die Ausführungen des Referenten wurden von sehr dummen Zwischenrufen rechtsradikaler Elemente begleitet, die in beträchtlicher Anzahl erschienen waren, mit der deutschen Absicht, die Versammlung zu forcieren. Bei der Freiheit der anwesenden SPD- und Reichsbannerleute gelang es erst der herbeigeeigneten Polizei, die gleich mit 50 Mann erschien, die Aufrührer zu entfernen. Vorher zeigten die Nazis ihren Heldenmut, indem sie einer alten Frau das Gesicht mit einem Bierglas zu einem blauen Klumpen schlugen.

Zur Diskussion hatte sich nur einer unserer Genossen gemeldet, der den Standpunkt der revolutionären Arbeiterklasse zu diesem päpstlichen Geschwätz darlegte. Reicher Beifall bewies, daß ein großer Teil der Anwesenden den bürgerlichen Pazifismus ablehnt.

Bezeichnend für die Ablehr des Proletariats von der sozialdemokratisch-bourgeoischichtlichen Richtung war der häufige Besuch der Versammlung. Von den 400 Anwesenden war die Hälfte nationalitätlich.

Sagan

Die Textilarbeiterstadt Sagan

Da der hiesige Verkehrsverein im Herbst des Vorjahres mit großen Lobeshymnen auf unsere Stadt an die Öffentlichkeit trat, wollen auch wir einen Gang durch die Stadt antreten. Sagan erfreut jeden Naturfreund, der die Stadt von einer der hier umwohnenden Anhöhen betrachtet. Die rauschenden Scholle der Textilfabriken und das Geräusch der durcharbeitenden Jüge künden dem Beobachter, daß das Leben auch hier pulsiert, von den hier wohnenden Menschen seinen Tribut unerbittlich fordert. Von den 18 000 Einwohnern verdienen gegen 10 000 ihren Unterhalt durch Hand- und Kopfarbeit, das heißt, sofern sie nicht von den mageren Profekten der Stempelsteine oder des Wohlstandslebens leben müssen. Obwohl Sagan nur eine mittlere Provinzstadt ist, braucht den Leuten mit hiesigen Briefschaften vor Langeweile nicht zu bangen. Denn für das Vergnügen der Bourgeoisie ist täglich gesorgt. Die Arbeiter haben kein Geld für solche Zwecke. Es ist vorgekommen, daß Weberinnen, die Kurzarbeit leisten, mit 3 bis 4 Mark nach Hause gegangen sind. Es leuchtet jedem Denker ein, daß mit solchem Verdienst nichts anzufangen ist. Die Rot der Kurzarbeiter und Erwerbslosen ist dieses Jahr besonders hart. Wollen die Erwerbslosen ihre Verantwortung durch Selbsthilfe etwas ausfüllen, da kommen echte deutsche Männer und schicken sie über den Hausen Hall (Konrad). Das Mißgeschick der Behörden für die Rot der leidenden Mitmenschen wird ins rechte Licht gerückt, wenn man erfahren muß, daß eine Verwaltungsstelle der anderen Vorwürfe über geleistete Hilfsmaßnahmen macht.

Die Wohnungsfrage ist, wie für alle Städte, auch für Sagan der Brennpunkt. Das weiß jeder, der in der Woche einige Male zum Wohnungsamt laufen muß. Nur wenige Arbeiter sind in der Lage, eine Wohnung zu beziehen, da die Mieten dort zu hoch sind. Von Seiten der Stadt ist seit der Inflationszeit nicht mehr gebaut worden. Dafür hat man aber die Mittel zum Bau von Kasernen bewilligt, welche ein Millionenobjekt darstellen und der Stadt eine Schuldenlast von jährlich annähernd 200 000 Mark auf zehn Jahre auferlegen. Man verspricht sich vom Kasernenbau einen „wirtschaftlichen Aufschwung“ der Stadt. Wahrscheinlicher ist, daß einige Prominente ihren „Landesgemäßen“ Verkehr gefördert wissen wollen. Denn in keiner Stadt trifft man auf soviel ausgeprägten Raffenzug wie hier.

Sagan ist ein kleines Potsdam. Wenn man das Geld für den Bau von Wohnungen verwendet hätte, wäre die Wohnungsnot ganz erheblich gemildert worden. — In schlimmem Zustande befinden sich die meisten Kunststrassen. Es gehört tatsächlich „Kunst“ dazu, sie mit dem Rade zu befahren. — Die Voberbrücke in Sagan, welche beide Stadtteile miteinander verbindet, wirkt mehr verkehrshindernd als fördernd. Sie trägt immer noch stolz den Namen „Kaiser-Wilhelm-Brücke“, obwohl der Ausreißer vor zehn Jahren das Szepter mit dem Hadebeil vertauscht hat.

Aber die Stadt Sagan besitzt etwas, was von bürgerlichen Erbreibern gern totgeschwiegen wird: Das ist die Kraft der Arbeiterschaft, ihre revolutionäre Tradition. Allen Anfechtungen von bürgerlicher sowohl als auch sozialdemokratischer Seite zum Trotz werden die kommunistischen Genossen durch ihre Arbeit in der Kommune und unter den Erwerbslosen für die Ideale des Kommunismus. Sie tragen in unerträglicher Ausdauer und Arbeit Stein für Stein zum Bau des Fundamentes einer neuen Gesellschaftsordnung zusammen.

Grünberg

Das Antreibersystem bei der Firma Zante u. Co.

Bei der Firma Zante u. Co., Zuchfabrik, wurden die Proleten die letzten Tage rüchlos angetrieben, damit die Arbeit vor Ostern fertiggestellt werden konnte, denn man will doch jetzt gegen 20 Arbeiter bzw. Arbeiterinnen wegen Arbeitsmangel entlassen. Die sich irgendwie unbekannt gemacht haben, fliegen nun auf die Straße. Nach fünf bis sechs Wochen werden dann wieder neue Arbeitskräfte in dieser Knochenmühle eingestellt, denn die Arbeitskraft ist ja überflüssig auf dem Arbeitsmarkt vorhanden. Auf diese Weise hooft man allmählich alle aufrechten Klassenkämpfer aus dem Produktionsprozeß aus.

Demagogie

In der Zeitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes vom 22. März ist ein Artikel zu lesen: „140 Prozent Dividende — aus dem indischen Textilarbeiterleben herausgeschunden.“ Wir wissen, daß das Elend des indischen Textilproletariats grenzenlos ist; daß Streiks in vielen Industriezentren nicht wegen einer Verbesserung der Lebenshaltung über das Existenzminimum hinaus, sondern nur zur Stillung des Hungers bei 14stündiger Arbeitszeit geführt werden; daß die blutigen Kämpfe der letzten Wochen in Bombay ihren Ursprung in Hungerrevolten der seit Monaten ausgebeuteten Arbeiter haben, gegen welche die Engländer Artillerie und Maschinengewehre eingesetzt haben. Die englischen Kapitalmagnaten verteilen an unsere indischen Brüder und Schwestern blaue Bohnen statt Nahrungsmitteln. Aber wer schätzt dieses englische Kapital? Nun, nicht zuletzt Sr. britischen Majestät getreue Sozialdemokraten mit Herrn MacDonald an der Spitze. Der sagte bei seiner Antrittsrede 1924 folgendes: „Die ganze Welt muß von der Unterdrückung befreit werden.“ — Als aber im selben Jahre 140 000 Textilarbeiter in Bombay ausgebeutet wurden, hat die britische Regierung die Betriebe besetzt und auf die streikenden Indier geschossen. Jetzt entrufen sich diese Demagogen in der Textilarbeiterzeitung über die Kulturhande der Engländer nach dem alten Sammerrezept: „Haltet den Dieb!“ — um ihre eigene Kulturhande in der Erwerbslosenfrage zu verbeden.

Goldberg

Der tobjüchtige Horkungsjünger. Am Sonnabend, dem 23. März, veranstaltete die Ortsgruppe Goldberg des Roten Frontkämpferbundes mit Unterstützung der Liegnitzer Kammer eine Märzgefallenen demonstration. Die Stragen waren besetzt von vielen Hunderten Arbeitern. Unter den Zuschauern befand sich auch ein besessener Hiegl, ein Reichsbanner-Mann. Er geriet durch den Anblick der Roten Front in große Wut, und da er sich nicht an uns herantraute, schlug der schwarzweißgoldene Bandit auf wehrlose Passanten wie ein Blödsinniger ein. Der Mann wäre eine Fierde jedes Reichsbanner-Kollkommandos. Polizei war natürlich in diesem Falle nicht vorhanden. Arbeiter von Goldberg, seht euch diese Elemente an! Dreht ihnen ten Rücken und tretet ein in die rote Klassenfront!

Aus dem Riesengebirge

Hirschberg. Wie die christliche Nächstenliebe aussieht, zeigt folgender Fall in Hirschberg. Herr Rektor Sturm, Stadtverordneter und „Kindererzieher“ in der katholischen Volksschule, glaubt keine Nachsicht an einer Arbeiterwitwe, welche vier Kinder zu versorgen und zu erziehen hat, beweisen zu können. Ein Sohn von der Witwe blieb voriges Jahr in der alten Klasse sitzen. Weihnachten wurde den Kindern eine Weihnachtsbescherung zuteil, nur der Sohn der Witwe bekam nichts. Bei dieser Gelegenheit beschwerte sich die Mutter, indem sie dem Rektor Sturm die Wahrheit sagte. Er gab zur Antwort: „Ich werde mir das merken.“ Auch dieses Jahr blieb der Junge wieder sitzen mit der Begründung, er könne nicht in der Bibel lesen. (?) — Wehret eure Kinder vom Religionsunterricht ab! Macht euch los vom alten Dogma, werdet freie Menschen! Dem Herrn Rektor Sturm raten wir, in Zukunft Verrechnungen nicht davon abhängig zu machen, ob die Kinder in der Bibel lesen können. Je weniger sie davon lesen, um so besser!

Am 28. März 1929 ist

Herr Stadtrat a. D.

Gustav Tilgner

verschieden.

Er hat vom Jahre 1914 bis zum Jahre 1919 dem Magistratskollegium als unbesoldeter Stadtrat angehört. Sein Wirkungskreis waren hauptsächlich die Verwaltungen des Grundeigentums und der Straßenreinigung.

Er war ein äußerst pflchtig. u. gewissenh. Mitarbeiter, der während seiner besten und schaffensreichsten Lebensjahre und in schwerster Kriegszeit seine Kraft, sein Wissen und seine Erfahrungen jederzeit bereitwillig und erfolgreich in den Dienst der Allgemeinheit gestellt hat.

Wir gedenken mit Dankbarkeit seines Wirkens in unserem Kreise, und wir werden das Andenken an unseren lieben Kollegen, der uns immer vertrauensvoll seine freundliche Gesinnung entgegenbrachte, stets ungeübt und rein in Ehren halten.

Breslau, den 30. März 1929

Der Magistrat der Hauptstadt Breslau

Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Ostersonnabend bis Sonnabend, den 6. 4. täglich 20.15 Uhr

Neuinszenierung:

Das Kästchen von Hellbrunn von Heinrich von Kleist

Thalia-Theater

Von Ostersonnabend bis Sonnabend, den 6. 4. täglich 20.15 Uhr

Dreimal Hochzeit

Schauspielhaus

Oberbühne Tel. 36300

Täglich 20 Uhr

Gastspiel

EDITH KARIN

Jettchen Gebert

(Partett 8.— Mt. usw.)

Kohlenhandlung

Fuhrmann

Schweidnitz

nur Obere Wilhelmstr. 20

Telephon Nr. 211

empfeht

sämtliche Brennmaterialien

Ämtliche Bekanntmachung

von Dittersbach

Betrifft Kanalgebühren

Die Gemeindevertretung hat in der Sitzung am 28. März 1929 beschlossen: Gemäß d. Verordnung über d. Betriebskosten in der gezeigl. Miete vom 14. 4. 1928 (Preuß. Gesetzsammlung S. 100) erhöht sich in der Gemeinde Dittersbach Str. Waldenburg Schl. vom 1. 4. 1929 ab die gesetzliche Miete um einen d. jeweiligen Höhe der Kanalgebühren entsprechenden Hundertatz der reinen Friedensmiete. Dieser Hundertatz wird hierdurch gemäß der eingangs genannten Verordnung in Höhe der auf jedes Grundstück entfallenden Kanalgebühren, höchstens jedoch bis zur Höhe von 6% der reinen Friedensmiete festgesetzt.

Dittersbach, den 28. März 1929

Kreis Waldenburg (Schl.)

Der Gemeindevorsteher

Roßler.

Sie verdienen

Sie täglich

10 Mark

mit Schnitzfenkel

Nur persönlich kommen

Reste

in Serge, Kiltel, Sel-

wand, Aermelputter

Rohhaar, Garn, Knöpfe

Kernseife, Erdal

alles sehr billig

prima Ware

Detail und Engros

Berth. Lippert

Breslau

Geinrichstraße 18

filiale: Oberstr. 17

Weißberggasse 43

Rechts- u.

Steuer-

beratung

Renten-, Straf-,

Ehesachen usw.

Rechtsauskünfte

Lohnsteuer-

Erstattungs-

anträge für 1928

werden sachgemäß

und billig erledigt

bei

Rudolf Dux

Waldenburg

Ring 2

(Eingang

am Zeitungsstand)

Überall erhältlich



Überall erhältlich



Fußquäler*
Hornhaut, Schwielen und Warzen
beseitigt schnell, sicher und unblutig

Kukirol

Verlangen Sie aber ausdrücklich das neue Kukirol mit dem Garantieschein, denn Sie erhalten dann bei Nichterfolg Ihr Geld zurück!

1 Packung Kukirol mit dem Garantieschein kostet

Wir beschränken die durch Druck entstehenden Verantwortlichkeiten ausdrücklich auf den Inhalt der Packung.

75

Bade dich gesund im Breslauer Hallenschwimmbad

Oberschlesien

Bergarbeiter-„Führer“ Kossahl & Co. vollenden den Verrat

Die zusammengeschobene Revierkonferenz — Hannemann geht zu voran

Am Sonntag tagte im Gewerkschaftshaus eine von den Reformisten zusammengeschobene Revierkonferenz. Zu der Konferenz hatten die Kossahl & Co. nur die Betriebsräte- und Zahlstellen-Vorsitzenden geladen. Was auf der Konferenz erschienen war, war alles, bloß keine Vertrauensleute und Betriebsratsvorsitzenden. Es galt, den Verrat an den Bergarbeitern zu vollenden. Und deshalb die zusammengeschobene Konferenz. Der Genosse Eigenberg als Vorsitzender der Zahlstelle Zabrze-Dorf wurde durch die Bongen aufgeföhrt, den Saal zu verlassen, da er bereits aus dem Verbande ausgeschlossen sei. Dem Genossen selbst war von einem Ausschluß noch nichts mitgeteilt worden. Offenbarlich fürchtete man den Genossen Eigenberg. Das ist eine erneute Bestätigung für das, was diese Verräter vorhaben.

Die Mehrheit der Konferenz, es waren 85 Prozent SPD-Leute, die man geladen hatte, beschloß, daß der Genosse die Konferenz zu verlassen habe.

Der Bezirksleiter Kossahl referierte über die Arbeitszeitverhandlungen und suchte diesen Schandstichspruch als einen Erfolg für die Bergarbeiter und empfahl die Annahme desselben. (Höher geht es wahrlich mit der Demagogie und Frechheit dieser Galunken nicht mehr.) Die wenigen oppositionellen Kameraden, die man zur Konferenz zulegte, nahmen scharf gegen den Schandstichspruch und die dazu angenommene Falschung der Bürokratie Stellung und beantragten die Ablehnung desselben und die Aufnahme des Kampfes am 1. April. Selbst einige sozialdemokratische Funktionäre waren schließlich erobert über die Falschung der „Führer“ und kritisierten scharf dieselben. Sie führten ins Feld, daß man im Februar auf der Revierkonferenz von ihnen eine andere Sprache hörte. Obwohl die Revierkonferenz im Februar Kampfmaßnahmen beschloß, ging die Bürokratie zur Vorbereitung derselben nicht über. (Die Opposition hatte schon seitwärts auf die kommenden Dinge hingewiesen und erklärt, daß diese Leute vom Schilde eines Kossahl nicht an einen Kampf um kürzere Arbeitszeit denken.) Die zugelassene, auf ein Mindestmaß beschränkte Opposition, reichte eine Entschlüsselung ein; die die Ablehnung des Schandstichspruches empfahl und die Aufnahme des Kampfes am 1. April forderte.

Diese Entschlüsselung wurde gegen sechs Stimmen abgelehnt. Der Reformist Herzog machte den famosen Vorschlag, erst die Christen mit der Annahme des Schandstichspruches vorzuschicken, um den Christen nicht das Argument in die Hand zu geben, der D.M. habe schon die

Annahme beschlossen. Eine „nette“ Latit dieser verrückten Vertreter der Arbeiterchaft. Unter der Parole: „Hannemann, geh du voran“, treiben sie ihr schändliches Spiel mit den Interessen der Bergarbeiter.

Der Bonge Schmidt als Nachfolger für Eichig erklärte dummdreist, daß die Opposition nur die Verleumdung der Arbeiter haben wolle. Wenn diese Galunken in Versammlungen der Bergarbeiter reden, da hätten sie sich wohlweislich, solche dummdreistigen Demagogie an den Mann zu bringen. Er meinte ferner, daß die Opposition nur die Gewerkschaft in den Kampf hineinziehen will, um dann durch Kampfleitungen die Führung an sich zu reißen. Obwohl, ihr Bongen und Verräter! Die Opposition will die Gewerkschaften zu Klassenkampforganen machen, und ihr wollt, daß sie unzuverlässige Organe des Wirtschaftslebens und des kapitalistischen Aufbaus werden. Die Arbeiterchaft hat durch ihre selbstgewählten Kampfleitungen ihre Kämpfe um mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit zu führen.

Kossahl führte gegen die scharfe Polemik der Opposition aus, daß es nicht notwendig war, alle Funktionäre des Verbandes zu laden, da die Nichtgeladenen ja sowieso nur „Phrasendrescher“ seien. Kampfmaßnahmen brauchen nicht getroffen werden, da eine Organisation zu jeder Zeit kampfbereit sein müsse. Er drohte mit der Entziehung des Verbandes von diesen „Phrasendreschern“.

Bergarbeiter! Der Verrat durch die Reformisten ist vollendet. Das, was die Opposition schon vor Wochen sagte, ist eingetreten. Wollt ihr euch diesem Schandstichspruch fügen? Nein und abermal nein. Euch fügen, heißt, zu den schändlichen Bedingungen weiter kämpfen. Darum jetzt in den Betrieben die Vorbereitungen zum Kampf fort. Wählt in den Betrieben Kampfleitungen, die die Führung des Kampfes übernehmen.

Die bisherigen Ergebnisse zu den Betriebsratswahlen sind der Beweis dafür, daß die Bergarbeiter nicht länger gewillt sind, sich auf das Brutalste auszuweisen zu lassen, und daß sie bereit sind, um ihre Forderungen zu kämpfen.

Ueber die Köpfe der Gewerkschaftsbongen aller Schattierungen hinweg ist der Kampf aufzunehmen. Der letzte Kampf muß mobilisiert werden. Herstellung der Einheitsfront aller Proleten auf der Linie des Kampfes. Die Parole am 1. April: Nach sieben Stunden den Schacht zu verlassen, ist in die Tat umzusetzen. Po!legen, hande!l!

Arbeiter!

Klassengenossen!

Kameraden!

Rot Front, Rot Mord!

Verboten!

Rot Front am Ende!

Dies und jenes konnte man die letzten Wochen täglich in allen bürgerlichen Zeitungen lesen. Angefangen von der „Deutschen Morgenpost“, „Deutscher Zeitung“, „Wanderer“ bis herunter zum „Volksblatt“ des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Bed, „Volksblatt“. Unvergleichlich muß man sich fragen, warum dieses hysterische Geschwätz der SPD-Bongen und der „Volksblatt“-Zeitungsleiter? Zeigt das nicht die Schwächen dieser Leute, die fürcht vor der immer weiteren Erkenntnis der arbeitenden Klassen der SPD und des Reichstammes (aus welchem jeder ehrlich denkende Arbeiter flüchtet) durch die breiten Arbeitermassen haben. Ja, man fürchtet euch, die ihr den Kampf führt und täglich steigert um bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit, Verbesserung des sozialen Fürsorgelebens. Euch, die ihr den Kampf auf die Straße tragt, demonstriert, euch mit der Roten Front vereinigt. Sie wollen keinen Kampf, diese Herren. SPD-Oberbürgermeister, Landräte, Minister, Polizeipräsidenten usw. Sie feiern lieber Verbrüderungen mit Hindenburg, Stresemann, Illia, Schaffgotsch, Giesche und wie sie alle heißen, mit euren Ausbeutern. Spekulieren mit den Geldern der Proleten im Interesse der Bourgeoisie und lassen bei Besuchen dieser Leute in den einzelnen Kommunen und Provinzen die Arbeiter gemeinsam mit Landeshäupten und mit dem Stahlhelm Spalier bilden und vor ihnen knien. Ihr Arbeiter aber, ob im Betrieb oder erwerbslos, ihr in Gruben und Hütten, ihr merkt es, daß euch diese Leute immer mehr fremd werden, daß ihr nicht zu ihnen gehört, daß diese Herren nichts mit euch gemein haben. Ihre Gehälter sind um Tausende gestiegen, ihre kleinen Wohnungen haben sie mit Willen vertauscht. Aus den Partei- und Gewerkschaftsbüroen sind sie verschwunden und verkehren in Cafés, Bädern, gemeinsam mit den Besitzenden. Ja, was sagt Herr Bed, oberste Chef des Reichstammes? Von meinem Polizeipräsidentenstuhl, meine Herren, habe ich für manche Dinge, die sich drauhen abspielen (damit meine ich den Kampf um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage usw.), nur noch ein Rächeln übrig. Was kümmert diesen Herrn eure Not und euer Elend?

Prolet! Die Frage: „Wohin gehst du?“ dürfte dir nicht mehr schwer fallen.

Hinein in den Roten Frontkämpferbund!

Heraus aus der Panzerkreuzerpartei und dem Reichsbanner!

Heraus aus den jüdischen Verbänden!

Das muß die Antwort auf all die Füge und Verleumdung der einzigen proletarischen Wehr- und Kampforganisation sein.

Ganführung des R.F.B.

Die oppositionellen Funktionäre im Bergbau gegen Spaltungskurs, für die Organisierung des Kampfes!

Die Forderungen der Bergarbeiter um die Stufenkündensicht unter Tage und die Achtstundenarbeit über Tage sind durch einen schändlichen Schiedspruch abgewürgt worden. Die Reformisten haben diesen Schandstichspruch durch eine zusammengeschobene „Revierkonferenz“ ihrer reformistischen Funktionäre bestätigt. Sogar ihren Spitzenlandräten zu den Betriebsratswahlen haben sie auf dieser Konferenz hinaufgeworfen. Er war ihren Plänen im Wege.

Der Verrat für die Kündigung des Lohnabkommens rückt immer näher. Aber die Gewerkschaftsbürokratie trifft keine Anstalten, um die Forderungen für den unausföhrlichen Kampf der Bergarbeiter um die berechtigten Forderungen zu organisieren.

Sie wollen nicht den Kampf. Ihnen ist es am liebsten, wenn ein Schiedspruch die Arbeitszeit und den Lohn auf lange Zeit festlegt. Aber sie haben auch keine Zeit, den Kampf zu diskutieren. Ihre Arbeit besteht darin, die Opposition mundtot zu machen. Ihre Brut ist besonders durch die Erfolge der Opposition bei den Betriebsratswahlen angeschwächt worden.

Gegen mehr als 140 Funktionäre des Verbandes ist das Ausschlußverfahren entweder schon vollzogen oder aber eingeleitet. Dabei fragen die Reformisten nicht nach Gründen. Sie sagen einfach bloß ganz allgemein: „Du hast den Verband geschädigt.“ Sie zeigen sich in ihrem wahren Wesen. Sie best, diese Galunken des Kapitals. Die Funktionäre des Verbandes, die gestern noch organisiert waren und als Kameraden galten, sind heute in ihren Augen „Lumpen“, „Verräter“ und „Rechte der Unternehmer“. Der Erfolg der Opposition

bei den Wahlen muß sie ins Mark getroffen haben, daher ihre Brut, daher schreien sie auch nicht vor offener Spaltung des Verbandes zurück.

Es gilt, diesen Spalier der Arbeiterbewegung das Handwerk zu legen und die Vorbereitung für den kommenden Kampf zu treffen, das heißt, die Belegschaften dafür zu mobilisieren, aufzuklären, von der Notwendigkeit zu überzeugen und die Leitungen für die Führung des Kampfes zu wählen.

Am Freitag, dem 29. März, tagten in Hindenburg in einer gutbesuchten Konferenz die Kameraden der Opposition des R.F.B., um zu diesen Dingen Stellung zu nehmen. Der Demagoge Krzymel war auch erschienen, wie er sagte, um sich zu den Ausschüssen zu äußern.

Nach einem längeren ausführlichen Referat des Genossen Langner von der SPD, der die Verbrecherpolitik der SPD- und Verbandsführer aufzeigte und den Bergarbeitern den Weg, der zu beschreiten ist, wies, erhielt „Kamerad“ R. das Wort. Seine halbseitige Rede bestand aus Dummdreist, Demagogie und Provokation. Nach seiner Meinung sind die Unorganisierten „Kampfpuzg“. Der Schiedspruch war ein Erfolg, und nirgends hat es der Bergarbeiter so gut wie in Oberschlesien. Er ist offen und sagt, man würde nur die Führer der Opposition ausschließen. Nach seiner Meinung sind die „anderen noch zu retten“.

In der Diskussion haben ihm die Stumpels der verschiedenen Anlagen gebührend geantwortet. Sie haben ihm den Spiegel vor seine elende lorrupete Nase gehalten. Sie haben ihn verdienstermaßen geprügelt.

Über wichtigeres noch haben die Funktionäre getan. Sie haben den vom Genossen Langner gemiesenen Weg zum Kampf gegen den Spaltungskurs der Reformisten, um verkürzte Arbeitszeit und höheren Lohn, gegen das Unternehmertum und gegen die Verbandsbürokratie, als richtig erkannt und gelobt, alles zu tun, um das Gehörte in den Betrieben in die Tat umzusetzen. Die Konferenz beauftragte eine Kommission mit dem Entwurf eines Kampfauftrags an die oberste Belegschaft, der gelesen und gegen die Stimme des Reformisten Krzymel angenommen wurde. Den Aufruf bringen wir morgen zum Abdruck. Mit dem alten Kampflied, der „Internationale“, schloß die Konferenz.

Gleiwitz

Schutz der Pflegekinder

Es ist noch vielfach unbekannt, welche Bedingungen bei Annahme eines Pflegekindes zu erfüllen sind. Das Gleiwitzer Jugendamt beim Magistrat hat deshalb zur allgemeinen Information in kurzer Form eine Zusammenstellung über die wichtigsten Vorschriften gemacht, aus denen zu entnehmen ist, was besonders beachtet werden muß. Danach heißt es, daß derjenige, der ein Pflegekind aufnimmt, dazu der vorherigen Erlaubnis des Jugendamts bedarf. Wer mit einem solchen Kinde in den Bezirk eines Jugendamts auszieht, hat die Erlaubnis zur Fortsetzung der Pflege unbedingt einzuholen. Steht von vornherein fest, daß ein Kind unentgeltlich oder nicht gewerbsmäßig in vorübergehende Bewahrung genommen wird, so genügt die Anmeldung beim Jugendamt (vgl. § 20 des Jugendwohlfahrtsgesetzes). Wer den erlassenen Vorschriften entgegenhandelt, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Anträge auf Erteilung der Erlaubnis sind im Büro des Jugendamtes, Parkstraße 14, mündlich oder auch schriftlich zu stellen. Die Pflegeeltern haben diese Vorschriften zu beachten, wenn sie nicht bestraft werden wollen.

Hindenburg

Die Christen gewinnen an Stimmen auf Guido- und Delbrück-Schächte

Das Ergebnis der Betriebsratswahl ist folgendes: R.F.B. 2242 Stimmen (11 Sitze), davon drei Opposition, Christen 781 Stimmen (3 Sitze), Reichsbund deutscher Arbeiter 228 Stimmen (1 Sitz).

Die Christen haben hier einige Hundert Stimmen gewonnen. Eine Liste der Opposition stand nicht zur Wahl. Für die dort arbeitenden oppositionellen Kameraden wird der Ausgang der Wahl eine heilsame Lehre sein, weil sie eine eigene Liste nicht aufgestellt haben. Beinahe 1000 Belegschaftsmitglieder haben nicht gewählt, und das ist nur daraus zu erklären, daß sie kein Vertrauen zu der R.F.B.-Liste, die in ihrer Mehrheit Reformisten aufwies, hatten.

Miedowitz

Gemeindefürsorge Philipp Madajski der Unter-schlagung beschuldig!

Nach Angaben eines bei Madajski beschäftigt gewesenen Kutschers, an dessen Aussagen man nicht zu zweifeln braucht, scheint der Schöffe M. die Gemeindefürsorge (Kartoffeln, Kohle) als Eigentum angesehen zu haben. So soll unter Philipp zwei Jahren (1), etwa 80 Zentner, Gemeindefürsorge in seinen Keller haben abladen lassen. Außerdem sollen Kartoffelschäbe von M. vernichtet worden sein. Wenn man auch vorher noch nicht Genaues weiß, so wird man den Aussagen des Kutschers doch Beachtung schenken müssen.

Die Kommunisten fordern scharfste eine Gemeindefürsorgeprüfung, damit die Angelegenheit nicht etwa verübt wird. Wir kommen auf diese Angelegenheit nochmals ausführlich zurück.

Karl

Reformisten verlieren zwei Sitze auf Zillenschütte

Wir erhalten heute das Ergebnis der Zillenschütte, auf der 2200 Arbeiter beschäftigt sind. Es haben der D.M. 1206 Stimmen, gleich zehn Sitze, davon zwei Opposition, die Christen 889 Stimmen, gleich zwei Sitze, und die Weissen 85 Stimmen und keinen Sitz erhalten.

Die zwei verlorenen Sitze des D.M. haben die Christen gewonnen. Wir werden darüber, warum der D.M. verloren hat, ausführlich berichten.

Cosel

Zuerst Kirchenglocken und dann Kanonenkugeln

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.) Mit großem Lärm wurden die neuen Glocken für die hiesige Kirche eingeweiht. Es waren die Ernteglocken für die, die man während des großen Völkermordes zu Kanonenkugeln umgeschmolzen hatte. Aufgefallen ist dabei vielen Proleten, daß die Bahnhofsstraße, auf der man die Glocken transportierte, auf das peinlichste geputzt war, dagegen die anderen Straßen Dreck bis an die Fenster der Proletarierwohnungen aufwiesen. Für die Glocken warf man 18 000 Mark hinaus.

Diejenigen, welche das Geld hierzu bergaben, darunter sind auch viele Proleten, haben vergessen, daß mit den alten Glocken die Leiber der Proleten zertreten wurden. So soll es auch wieder bei dem kommenden Kriege sein, der fieberhaft vorbereitet wird.

Bei solchen ähnlichen Sammlungen halten die Proleten die Taschen zu.

Kreuzburg

Herr Doktor, wer ist der Lügner?

A. K. Am 2. März wurden elliche Arbeitslose bei der Auszahlung, die in Bankau erfolgt, auf das dortige Gut zur Arbeit überwiesen. Den Arbeitslosen stand aber noch die Unterstützung vom 28. Februar bis 2. März zu, und trotzdem sperre man ihnen dieselbe. Nach einigen Tagen wandten sich diese Kollegen, vertreten durch den Genossen Adamiech vom Kreis-Erwerbslosenrat, an das Arbeitsamt Kreuzburg, und der Erfolg war der, daß die Unterstützung nachgezahlt worden ist. Als nach zwei Tagen Genosse Adamiech beim Doktor, Vorsitzenden des Arbeitsamts, vor sprach, erklärte ihm dieser, daß die erwerbslosen Kollegen gelogen hätten, weil sie, nachdem sie erfahren hätten von der Arbeitsvermittlung, sich gar nicht um die Unterstützung bemühten.

Dies ist, Herr Doktor, nicht wahr. Wahr ist vielmehr noch, daß der Arbeiter Balzer, der auf dem Gute arbeitet, bis heute noch nicht die Nachzahlung der ihm zustehenden Unterstützung erhalten hat. Vielleicht haben Sie die „Güte“ und beantworten einmal unsere Frage.

Oppeln

Das Echo bei den Handwerkern

Der kommunistische Vorschlag in der letzten Stadtverordneten-sitzung über die an Korruption grenzende Vergütung städtischer Arbeiter an Zentrumsunternehmer hat, wie folgende Zuschrift beweist, allseitig Zustimmung unter den Gewerbetreibenden gefunden. Diese erwähnte Einzelfirma ist der Zentrumshandwerker G. H.

Es wird uns geschrieben: „Zu der in der letzten Oppelner Stadtverordnetensitzung geführten Debatte über die Vergütung eines großen städtischen Linoleumauftrags an eine einzige Firma ist im Interesse der Wahrheit rein sachlich festgestellt, daß auch bei Teilung eines großen Auftrags — es handelt sich um 10 000 Quadratmeter Linoleum — die Stadt keinen höheren Preis hätte zahlen brauchen. Der Handwerker, der in jedem Falle für das Gesamtobjekt gemährt wird, wäre durch eine Teilung des Auftrags an mehrere in keiner Weise beeinträchtigt worden. Im übrigen ist festzustellen, daß die Hauptverhandlungen für die Erreichung dieses großen Auftrags von einem Vertreter der Deutschen Linoleumwerke mit der Stadt direkt geführt wurden in der Absicht, diesen städtischen Großauftrag mehreren Oppelner Besitzern zugute kommen zu lassen. Der Auftrag ist dann überraschend durch einen Beschluß der Stadtverwaltung ohne vorherige Anfrage und ohne Einholung von Angeboten bei den in Frage kommenden Fachhandwerkern an eine Einzelfirma vergeben worden. Das maßgebende ordnungsgemäße Tapezierer-Fachhandwerk, für diesen Auftrag in Frage kam, ist jedenfalls völlig übergegangen worden. Jeder gerechtfertigte Bürger, ohne Unterschied der Partei, wird sicherlich diese Methode der Ausschaltung des ordnungsgemäßen Handwerks bei Vergütung städtischer Großaufträge verurteilen müssen. Der ganze Vorfal ist beispielhaft für die Zurücksetzung des Handwerks, das doch schließlich auch heute noch ein wichtiges Glied im kommunalen Leben darstellt. Es wäre nur zu wünschen, wenn alle Parteien des Stadtparlaments sich geschlossen dafür einsetzen würden, um die Wiederholung solcher Vorkommnisse zu verhindern.“

Freie Sattler- und Tapezierer-Innung von Oppeln.“

Impfstermine

Die städtische Polizeiverwaltung teilt mit, daß die Impfstermine für die Erstimpflinge im Stadtkreis Oppeln wie folgt festgelegt worden sind:

Turnhalle Schule 1, Nikolaistraße
Impfstermin: Montag, den 8. April, 11 Uhr.
Nachschautermin: Montag, den 15. April, 11 Uhr.
Mittwoch, den 10. April, 11 Uhr.
Mittwoch, den 17. April, 11 Uhr.
Donnerstag, den 11. April, 11 Uhr.
Donnerstag, den 18. April, 11 Uhr.

Turnhalle Schulen 3/5, Malapaner Straße
Impfstermin: Sonnabend, den 13. April, 11 Uhr.
Nachschautermin: Montag, den 22. April, 11 Uhr.
Sonnabend, den 20. April, 11 Uhr.
Montag, den 29. April, 11 Uhr.

Schule 6, Oppeln III
Impfstermin: Mittwoch, den 24. April, 10.30 Uhr.
Nachschautermin: Mittwoch, den 1. Mai, 10.30 Uhr.

Die Eltern oder gesetzlichen Vertreter der Erstimpflinge erhalten noch zu den einzelnen Impfsterminen besondere Vorladungen. Die Wiederimpflinge werden zu dem folgenden Impfstermin von den Volksschulen bzw. Wärfen-Abteilungen benachrichtigt.

